

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
13. Mai 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Begelesch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Gebärzwang und Gebärstreik. II. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XVI. (Schluß.) Von Anna Wlos. — Frauenarbeit in der Glasindustrie. Von E. G. — Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in Berlin.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Ferienausflüge der Volksschüler in Braunschweig. — Ferien Spaziergänge der Kinderkommission in Karlsruhe. — Politische Rundschau. Von A. Th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1913. Von sk. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. Von sk. — Der Verbandstag der Holzarbeiter. Von sk. — Disziplinarsabende der freigewerkschaftlich organisierten Handlungsgewerkschaften in München. Von -as.
Kotzentent: Dienstabende. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Gebärzwang und Gebärstreik.*

II.

Es ist kein Zweifel, daß die Furcht vor großem Kindersegen, ja vor Kindersegen überhaupt ihr Teil zum Geburtenrückgang beiträgt, daß sie zur Anwendung von Mitteln treibt, die die Empfängnis verhüten oder die Frucht abtöten. In welchem Umfang das geschieht, läßt sich nicht annähernd erweisen. Ebenjowenig kann man einwandfrei erfassen, wie weit die Praxis eines empfängnisverhütenden Geschlechtsverkehrs und des gewollten Abortus in den verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft um sich gegriffen hat. Die Gründe liegen auf der Hand, warum hier die Statistik, die Forschung versagt. Immerhin steht die Tatsache fest, daß Praktiken der angedeuteten Art häufig sind und häufiger werden, und daß die absichtliche Kleinhaltung der Familie zu den charakteristischen Erscheinungen unserer Zeit gehört. Die Furcht vor dem Kinde setzt sich in ganz anderem Maße durch als der „Schrei nach dem Kinde“, der zwar in einem Teil der frauenrechtlerischen Literatur beherrschend vor klingt, in der rauhen Luft der Wirklichkeit jedoch im allgemeinen ohne lebenweckende Kraft bleibt. Es scheint auch unbestreitbar, daß in den nichtproletarischen Schichten der Gesellschaft, daß namentlich in den Kreisen der Besitzenden und Gebildeten die bewußte Beschränkung der Kinderzahl weit früher begonnen hat und weit öfter die Regel ist als in der Welt der Ausgebeuteten. Was wir gerade darüber vermuten können, ja als sicher annehmen dürfen, gehört zu den Trugschlüssen, mittels deren der Geburtenrückgang als eine „Kulturerscheinung“ schlechtweg gefeiert wird, und das sowohl von bürgerlichen Reformern, die um jeden Preis den „sozialen Frieden“ zwischen dem kapitalistischen Löwen und dem proletarischen Lamm erstreben, wie von den Propheten des Gebärstreiks, die mit einem neuen Universalmittel die Welt des Kapitalismus überwältigen möchten.

Die Beweggründe, die in jedem einzelnen Fall veranlassen, daß Kindersegen abgewehrt wird, sind recht verschieden, man ist fast versucht zu sagen, sind so verschieden wie die Menschen, die zu antikonzepzionellen Praktiken ihre Zuflucht nehmen.

* Wegen Raummanoeuvres zurückgestellt. Vergleiche „Gleichheit“ Nr. 14.

Dieser Umstand erschwert erheblich, daß die Tendenz zur Kleinhaltung der Familie als eine soziale Erscheinung unbefangen gewertet wird. Der einzelne ist nur zu leicht geneigt, über die Gründe der Erscheinung nach seinen persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen zu urteilen. Dadurch wird der Blick für die allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen getrübt und verwirrt, die im einzelnen durch Umstände mannigfacher, gegensätzlicher Art wirksam werden können.

Mittels empfängnisverhütender Praktiken und, wenn es nicht anders sein kann, mittels eines vorsätzlichen Abortus entzieht sich manch eine reiche Dame den Beschwerden und Verpflichtungen der Mutterschaft. Sie will im Müßiggang und Vergnügungstauel durch die Kindesbürde nicht behindert sein, sie zittert vor der Beeinträchtigung ihrer Reize durch Schwangerschaft, Geburt und Stillen. Allein auch die zärtlichste, gewissenhafteste Mutter — und unter Umständen gerade sie — kann sich verpflichtet fühlen, auf die gleiche Weise einem Familienzuwachs vorzubeugen. Sie rechnet nach, daß bei dem dürftigen Einkommen der Familie das Neugeborene als Hungerkandidat in die Welt treten, obendrein das schmale Brot des Leibes und Geistes der Geschwister noch verringern müßte, auch wenn sie selbst schwerere Mühsal und höhere Entbehrungen freudig auf sich nehmen wollte. Oder der Wille zu neuem Leben beugt sich bei ihr vor der Gewißheit, daß der zermürbte Körper außerstande ist, dem Kinde die Kraft des Gedeihens zu spenden. Präventivverkehr kann sittliches Gebot sein, damit keine erblich belastete Nachkommenschaft leibliches Siechtum, Geisteschwäche, Verbrechenssinn fortpflanzt. Er tritt aber unzweifelhaft auch als bequemeres Mittel auf, bei Ehebruch und auðerehelichem Geschlechtsverkehr hürgerliche Wohlstandigkeit zu heucheln und egoistisch der Fürsorge und Verantwortlichkeit für ein Kind aus dem Wege zu gehen. Wie zahllose Farbennuancen von weiß zu schwarz führen, so liegt selbstverständlich auch in unserem Falle eine lange Stufenleiter von Beweggründen zwischen den Gegenätzen der herausgegriffenen Art. Ihre Zergliederung wird jedoch wohl immer zeigen, daß darin Ursachen allgemeiner sozialer Natur mit solchen persönlicher Art eng verschlungen sind.

Dieser Zusammenhang der Dinge macht es zum Teil erklärlich, warum die absichtliche Kleinhaltung der Familie eine so gegensätzliche Beurteilung findet. Die einen schmähen sie unbedingt, in Bausch und Bogen als den Ausdruck persönlicher Niedrigkeit, zum mindesten aber Schwäche. Eine Familie, die nicht mindestens ein halbes Duzend Kinder hat, gehört nach ihrer Meinung unter allen Umständen wegen Vaterlandsverrat auf die Anklagebank. Die anderen breifen die Beschränkung der Fruchtbarkeit ebenso schlechtweg als das erfüllte Gebot hohen elterlichen und sozialen Verantwortlichkeits sinnes, vorwärtsdrängenden Persönlichkeitsbewußtseins. Sie möchten die Krone der Bürgertugend schon jedem Ehepaar reichen, das nicht mehr als zwei, höchstens drei Kinder aufziehen will, geringschätzig blicken sie auf die „Leistungstigen“ oder „Anflugigen“ herab, die vor zahlreicherer Nachkommenschaft nicht zurückschrecken. Die beiden begegnen sich trotz aller Gegensätze

ihrer Auffassung darin, daß sie individuelle Beweggründe zur Verhütung von Kindersegen verallgemeinern und darüber die großen sozialen Ursachen oder auch die weitreichenden Wirkungen des Vorganges aus dem Auge verlieren.

Will man diesen Vorgang klar erfassen, so muß man über die Motive der einzelnen hinaus die sozialen Ursachen suchen, die den Willen vieler einzelner lenken und den gewollten Geburtenrückgang zu einer Massenerscheinung werden lassen. Diese selbstverständliche Forderung — selbstverständlich wenigstens für Leute, die sich ernsthaft mit sozialen Dingen auseinandersetzen wollen — hat für die Fabrikanten des Gesehenteswurfes nicht existiert, der den Gebärzwang von Staats wegen einführen soll. Anstatt nach den Ursachen zu forschen, die für Millionen die Freudigkeit, den Willen zur Elternschaft binden oder auch ganz ertöten, dekretieren sie einfach: ihr müßt Kinder zeugen. Klüglisch lassen sie dabei die Frage aus dem Spiel, ob die Millionen auch imstande sind, Kinder zu ernähren und zu erziehen, und zwar kulturwürdig zu ernähren und zu erziehen. Die Frage müßte mit einem Schlage die sozialen Ursachen der beammerten Erscheinung in den Vordergrund rücken. Klar, scharf würde es dann zum Ausdruck kommen, daß diese nicht mit kirchlichen und weltlichen Moralpredigten und Paragraphenwerk gebannt werden kann, daß ihr tiefgreifende Verbesserungen der gesellschaftlichen Zustände und Einrichtungen entgegenwirken müssen.

Eine Tatsache schon müßte hinreichen, das reaktionäre Geplapper zum Verstummen zu bringen, daß empfangnisverhütende Praktiken des Geschlechtsverkehrs Anzeichen der gestiegenen Unmoral, der Abkehr von Gottes Gebot und der guten, väterlichen Sitte seien, Folgen einer religions- und vaterlandsfeindlichen Aufklärung. Vor dieser Tatsache müßte jede Hoffnung im Keim ersticken, als ob dem Geburtenrückgang durch Gesehestetze und Polizeigewalt beizukommen wäre. Denn sie läßt unzweideutig erkennen, daß der Wille zur Verhütung der Elternschaft letzten Endes und in der Hauptsache aus wirtschaftlichen, aus gesellschaftlichen Verhältnissen erwächst. Auch in der bäuerlichen Bevölkerung geht die Geburtenzahl zurück, werden die Familien bemüht klein gehalten. Nach Dr. Max Girsch ist auf dem Lande in der Provinz Brandenburg von 1876 bis 1905 die Fruchtbarkeitsziffer für 1000 Frauen im gebärfähigen Alter — 15 bis 45 Jahre — von 174,87 auf 137,61 gesunken. In Pommern, Sachsen, Hessen-Rassau, Schleswig-Holstein und Hannover hat die Fruchtbarkeitsziffer auf dem Lande ebenfalls abgenommen, wenn auch nicht so erheblich. Aus Bayern meldet die Statistik das Fallen der Geburten auf dem Lande. In dem stark kleinbäuerlichen Württemberg ist 1911 und 1912, gemessen an der Bevölkerungszunahme der vorausgegangenen zehn Jahre, der Geburtenüberschuß um je 1430 Köpfe zurückgegangen.

Dabei vergesse man das eine nicht: daß gerade unter der bäuerlichen Bevölkerung antikonzepzionelle Gepflogenheiten und Fruchtabtreibung seit vielen Geschlechtern zum „guten, alten Herkommen“ gehören. Justus Möser hat bereits im achtzehnten Jahrhundert dagegen geäußert, daß die Bauern in Thüringen beim Geschlechtsverkehr Kindersegen zu vermeiden trachteten. Es war das also lange, ehe die zartbesaiteten Gemüter protestantischer Geistlicher, Klassenstaatlicher Behörden und bürgerlicher Politiker durch den Verkauf von empfangnisverhütenden Mitteln aufs tiefste verletzt wurden. Im Südwesten Deutschlands aber, in Baden, Württemberg und anderwärts wurde der Sadebaum — Wachholder — neben das Heim der Bäuerin gepflanzt, die der gnadenreichen Gottesmutter keine Ehrung schuldig blieb. Sein Samen sollte — wie Samen oder Blätter anderer Pflanzen oder schlimmstenfalls die Spindel — die Geburt einer unerwünschten Leibesfrucht verhindern.

Die Gründe solcher und ähnlicher Gepflogenheiten unter der bäuerlichen Bevölkerung sind bekannt. Wo das Gesetz die Erbteilung des Besitzes vorschrieb, wollte man der Zersplitterung des Grund und Bodens vorbeugen. Gut oder Gütchen sollte möglichst in einer Hand bleiben. Heute stehen neben diesen

Wünsche noch andere, womöglich stärkere Motive. Sie haben sich mit dem Aufkommen und der Entfaltung der kapitalistischen Gütererzeugung aus veränderten Lebensbedingungen der bäuerlichen Bevölkerung heraus geltend gemacht. Die kapitalistische Industrie hat dem Bauernhof ein Gebiet des alten Hausgewerbes nach dem anderen abgenommen. Gleichzeitig werden die Produktions- und Marktbedingungen für die eigentliche Landwirtschaft selbst immer mehr umgewälzt. Das Sprichwort gilt nicht länger, das einst im Schoße der bäuerlichen Familie geprägt wurde: Viel Kinder, viel Segen. Die Scholle, der Hof hat die Kraft eingebüßt, einer zahlreichen Gemeinschaft Arbeit und Brot zu gewähren. Die Kinder erscheinen nun vor allem als Verzehrter und nicht als Mehrer des Wohlstandes. Kaum daß sie der Schule entwachsen sind, folgen sie dem Vater in die besser lohnende Industrie nach und lösen sobald als möglich die Bande, die sie noch an das ver-schuldete Gütchen knüpfen.

Die Frau, die Mutter ist es nun vor allem, die an den kleinen Grundbesitz gefesselt einen wachsenden Teil, eine erdrückende Last landwirtschaftlicher Arbeit trägt. Die Berufszählung von 1907 spiegelt in trockenen Zahlen diesen Entwicklungsgang wider. Von 1882 bis 1907 ist in der Landwirtschaft die erwerbstätige männliche Bevölkerung absolut und relativ gesunken, nämlich um 417 316 oder um 7,3 Prozent; die erwerbstätigen Frauen haben dagegen um 2 064 077 oder 81,4 Prozent zugenommen. In Bayern machten die Frauen 1907 etwas über die Hälfte, in Württemberg nahezu die Hälfte aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft aus. Und das muß bei dem aufgezeigten Umschwung der Dinge festgehalten werden. Unter den weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Deutschlands sind es die Proletarierinnen, die Tagelöhnerinnen und Mägde, deren Zahl am gewaltigsten gestiegen ist. Ihr Heer allein ist von 1882 bis 1907 um mehr als 2 Millionen angeschwollen, nämlich von 2 251 800 auf 4 254 488.

Unaufhaltsam wächst also in der ländlichen Bevölkerung die Zahl der Mütter, Proletarierinnen und Kleinbäuerinnen, die gleich ihren Schwestern in anderen Gebieten des gesellschaftlichen Wirtschaftslebens einem zweiseitigen Pflichtkreis gerecht werden sollen. Den Familienpflichten gesellt sich die schwere Bürde der Erwerbsarbeit hinzu. Unter hunderterlei äußeren und inneren Nöten trägt und gebiert ihr Schoß neues Leben, unter Mühsal und Sorge pflegen und erziehen sie ihre Kleinen, und es winkt nicht mehr der Ausblick, daß ihnen die heranwachsenden Söhne und Töchter in steigendem Maße zur Stütze werden, daß sie ihnen ein geschütztes Alter bereiten. Für die Mutterschaft selbst aber wird den Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen nicht einmal die dürftige soziale Hilfe und Fürsorge zuteil, die anderen großen Schichten der weiblichen Erwerbstätigen zugewilligt werden mußte. Die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge wurden von Konservativen und Zentrümern niedergestimmt, die den Geburtenrückgang mit Tränen und Flüchen überschütteten.

Ange-sichts der aufgezeigten sozialen Verhältnisse kann man die künstlich herabgeminderte Fruchtbarkeit der bäuerlichen Bevölkerung sehr wohl verstehen. Man braucht zu ihrer Erklärung nicht einmal die viel begeisterte „Gier nach Lebensgenuß, nach großstädtischen Moden und Zerstreungen“ anzurufen. Ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß die Fruchtbarkeitsziffer gerade auch in der bäuerlichen Bevölkerung weiter sinken wird. Und das obgleich diese Bevölkerung leider noch viel zu stark durch die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ am Boden gehalten ist, und obgleich unter ihr die Lehren der Geseherten und Gesehorenen wie die Amtmeinungen hoher Obrigkeiten willigere Ohren und Herzen finden als unter den „verdorbene-n und verheßten“ städtischen und industriellen Massen. Die Tendenz zur Kleinhaltung der Familie auf dem Lande ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, mit welcher unaufhaltsamer Macht sich in dieser Hinsicht soziale Ursachen durchsetzen. Vor ihnen schweigt das göttliche Gebot: „Seid fruchtbar und mehret euch“, wie das patriotische Kommando: Rekruten her!

Sie werden sich erst recht nicht von papierenen Gesetzen überwältigen lassen.

So kündigt die Entwicklung der Dinge auf dem Lande von vornherein den Bankrott des gesetzlich festzulegenden Gebärzwanges. So drückt sie der Gesetzesmacherei dieser Art das unauslöschliche Brandmal des Überwichtes und der Verlogenheit auf. Wir werden den Beweis erbringen, daß für andere Bevölkerungsklassen die Tatsachen zu dem gleichen Urteil führen.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

XVI.

Die Frau in der Schulbehörde. — Schluß.

Wenn wir versuchen, die verschiedenen Reformen durchzuführen, die im Hinblick auf unser Schul- und Erziehungsideal notwendig sind, so werden uns natürlich unsere Gegner als Hauptargument einwenden, daß keine Mittel da sind, um unsere Forderungen durchzuführen. Milliarden werden aber heute ausgegeben für Kasernen, für neue Regimenter, für Uniformen, für Kriegsschiffe, Militärluftschiffe, für Mordwaffen aller Art. Alle diese Riesensummen, diese Kräfte dienen dem schrecklichen, dem mäännermordenden Krieg, alle fördern den Militarismus. Wir sind aber grundsätzliche Gegner des Militarismus, wir arbeiten auf eine Gesellschaftsordnung hin, in der die ganze Menschheit brüderlich geeint eine Kulturhöhe erreicht, die den Frieden sichert. Schon heute ist unser Ideal nicht der Krieg, sondern die Einigkeit der Völker, der chauvinistischen Hege stellen wir die Solidarität der Arbeiter aller Länder entgegen. Immer wieder weisen wir nach, daß unsere Schul- und Bildungsforderungen heute schon erfüllt werden könnten, wenn die herrschenden Klassen den Schatz des arbeitenden Volkes nicht für Kriegszwecke, nicht für den Militarismus vergeuden würden. Aber die Entwicklung der Dinge selbst führt die Arbeitenden und Ausgebeuteten immer enger zusammen und läßt sie zu einer Macht werden, die siegen und ihre Ideale verwirklichen wird. Die Zeit wird kommen, wo die Milliarden, die jetzt Kriegszwecken dienen, für die großen Friedenswerke nutzbar gemacht werden können. Statt Kasernen werden wir Bildungsstätten bauen. Nicht mehr zu Kanonensfutter sollen unsere Söhne in diesen Bildungsstätten erzogen werden, nein zu starken, freien Menschen, die den großen Friedenswerken dienen. Und unsere Töchter sollen dort zu Müttern heranwachsen, die würdig sind, Menschen nach ihrem Bilde zu formen.

Schon Fichte betonte, daß man nie Geld für die Erziehung habe. „Würde je einmal eine Ausnahme von der Regel gemacht, so geschah es zum Vorteil der höheren Lehraufgaben, die einen Glanz weit umher verbreiten und ihren Behörden Ruhm bereiten; die Bildung derjenigen Klasse aber, die der eigentliche Boden des Menschengeschlechts ist, aus welcher die höhere Bildung sich immerfort ergänzt und auf welche die letztere fortwährend zurückwirken muß, die des Volkes, blieb unbeachtet und befindet sich seit der Reformation bis auf diesen Tag im Zustand des steigenden Verfalls. . . Bis jetzt ist der bei weitem größte Teil der Einkünfte des Staates auf die Unterhaltung der stehenden Heere gewendet worden.“ Diese Worte Fichtes sind auch bedeutungsvoll bei den weiteren Einwendungen unserer Gegner. Allerdings handelt es sich dabei ihrerseits um Gründe, die sie nicht so unumwunden zugestehen, wie die Geldfrage. Nach der ganzen Auffassung unserer Gegner soll es zweierlei Maß der Bildung für arme und reiche Kinder geben. Den Vertretern der besitzenden Klassen ist der Gedanke sehr unympathisch, daß ihren Kindern nicht mehr ausschließlich das Vorrecht auf die höheren Berufe zukommen würde, sondern daß diese allen Kindern zugänglich sein sollen, die sich durch Begabung und Fleiß ein Anrecht darauf sichern. Sie wissen wohl, daß die Klassenschule eine Stütze des Klassenstaates ist, der ihre Macht stärkt und aufrechterhalten soll. „Diejenige Klasse, die der eigentliche Boden des Menschen-

geschlechts ist, die des Volkes, blieb unbeachtet.“ Diese zur Zeit Fichtes unbeachtete Klasse des Volkes ist heute das Proletariat. Diese Klasse steigt aus eigener Kraft empor. Sie erzwingt sich Beachtung. Sie kämpft um ihr Recht auf Bildung. Alle Arbeit, die wir auf dem Gebiet der Schule, der Bildung verrichten, soll das große Ziel fördern: die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, die Menschheitsbefreiung.

Darüber aber müssen wir uns klar sein, die Schule wird ihre wirkliche Bedeutung als soziale Erziehungsmacht erst erreichen können, wenn die Umwelt eine andere ist, aus der die Schüler in die Schule treten. Wir wollen die Eltern nicht ausschalten aus der Erziehung, wie es uns oft zum Vorwurf gemacht wird, obgleich heute schon der Staat vielfach mehr Recht auf die Kinder hat als die Eltern. Auch das können wir mit einem Wort Fichtes belegen: „Wo gibt es denn dermalen einen Staat, der da zweifelt, ob er wohl auch das Recht habe, seine Untertanen zu Kriegsdiensten zu zwingen und den Eltern für diesen Behuf die Kinder wegzunehmen, ob nun eines von beiden oder beide wollen oder nicht.“ Was wir wollen, steht im Gegensatz zu dem, was unsere Gegner uns unterstellen. Wir wollen durch Bildung und Erziehung darauf hinwirken, daß Menschen heranwachsen, die zur Erziehung künftiger Geschlechter tüchtig sind. Wir kämpfen aber dagegen an, daß so viele hungernde, frierende, ausgenützte oder vernachlässigte Kinder in die Schule geschickt werden, wie das heute der Fall ist. Darum geht Hand in Hand mit dem Kampf um die Aufhebung der Klassenschule der Kampf um bessere Existenzbedingungen für alle Arbeitenden. Darum geht Hand in Hand damit namentlich der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit. Erst wenn die Eltern in der Lage sind, ihre Kinder satt zu machen, sie in gesunder Wohnung unterzubringen, sie sauber und ordentlich zu kleiden, werden sie auch den geistigen Bedürfnissen der Kleinen die nötige Rechnung tragen können. Um diese Bedürfnisse zu befriedigen, müssen die Eltern Zeit für die Kinder haben. Die Behauptung, daß wir Schulpeinung, Ferienaufenthalt usw. fordern, weil wir die Familie zerstören wollen, ist ganz verunftwidrig. Die uns überkommene Form der Familie ist durch die Herrschaft des Kapitalismus in voller Auflösung begriffen, das alte Familienleben ist für Millionen schon längst zerstört. Durch günstige Existenzbedingungen, besonders durch verkürzte Arbeitszeit, wollen wir den Gatten der Gattin, die Mutter, den Vater den Kindern wiedergeben. Die Schule soll überall da einspringen, wo die häusliche Erziehung aus irgend einem Grunde versagt. Sie soll das elterliche Heim ersetzen, wo es fehlt, sie soll es jederzeit ergänzen, sie soll es jedoch keineswegs ausschalten. Haus und Schule sollen nicht wie heute so häufig nebeneinander erziehen oder gar sich entgegenarbeiten. Die Erziehung muß vielmehr eine Wechselwirkung sein zwischen Haus und Schule. Eltern, die selbst ihren Geist bilden und ihren Kindern Erzieher sein können, sollen ihre Kinder Lehrern zuführen, die nicht mehr den Stock schwingen, Lehrern, die freie Menschen sind und freie Menschen bilden wollen.

Damit komme ich auf den Ausgangspunkt meiner Arbeit zurück. Die Frauen, die Mütter dürfen sich nicht damit begnügen, daß man sie als die „geborenen“ Erzieherinnen der Kinder ansieht. Sie müssen an sich arbeiten, müssen selbst erziehen sein, um wirklich erziehen zu können. Ihre Pflicht ist es ferner, sich in alle Aufgaben zu vertiefen, die durch die Schule im Hinblick auf die Kinder entstehen und an sie täglich herantreten. Sie müssen suchen, in ständiger Verbindung mit der Schule zu stehen. Zu diesem Zwecke müssen sie Vertreterinnen in den Schulbehörden haben, die die Interessen der Mütter und Kinder wahrnehmen, die genau mit den häuslichen Verhältnissen der proletarischen Familie vertraut sind sowie mit den Reformen, die auf dem Gebiet des Schulwesens herbeigeführt werden sollen.

Der Kampf gegen alle Rückständigkeit in Schulangelegenheiten, der Kampf gegen die feindlichen Gewalten, die sich dem Fortschritt für die Volksschule widersetzen, der Kampf gegen

die Herrschaft von Kirche und Kapitalismus in der Schule, er ist auch ein Teil des großen Klassenkampfes. Erst wenn dieser durch den Sieg der Arbeiterklasse beendet ist, wird die Schule das sein, was sie sein soll: nicht eine Volksschule, sondern eine Schule des Volkes. Ihr Ziel wird dann erst sein, nicht länger Sklaven des Kapitalismus und des Militarismus auszubilden, sondern freie Menschen, starke und schöne Menschen, die, wie Richard Wagner sagt, das Ziel der geschichtlichen Entwicklung sind.

Ich schließe meine Wünsche für die Schule der Zukunft mit Josens schönem Wort: „Die Jugend steht heute vor unserer Tür und heischt gebieterisch die Erfüllung ihrer idealen Forderung, zu einem tüchtigen Menschengeschlecht erzogen zu werden.“ Es geschieht das in der Überzeugung, daß die Frauen vom Sozialismus berufen sind, der Jugend die Tür weit zu öffnen zu einem neuen, einem glücklichen Land der Zukunft, in dem durch Wechselwirkung von Haus und Schule diese „ideale Forderung sich verwirklicht“.

Frauenarbeit in der Glasindustrie.

Die Frauenarbeit in der deutschen Glasindustrie ist ein wahres Musterbeispiel der Sünden, deren die kapitalistische Ausbeutung sich schuldig macht. Weder bei der Heimarbeit noch in einem zweiten Gewerbe dürften Frauen in einer Luft schaffen, die wie in der Glasindustrie mit Miasmen gesättigt und verpestet ist. Dabei ist die Zahl der hier stonenden Arbeiterinnen keine geringe. Nach den Ergebnissen der Berufszählung vom Jahre 1907 wurden in Glashütten und Glasbläsereien vor der Lampe, bei der Glasveredlung und der Spiegelglas- und Spiegelfabrikation insgesamt rund 74 400 Personen beschäftigt, davon waren 11 294 weiblichen Geschlechts. Die deutsche Glasindustrie verwendet demnach eine ganz erhebliche Zahl von Frauen und jungen Mädchen, und die Regierung hätte alle Veranlassung, zum Schutze der Gesundheit und der Lebenskraft dieser Proletarierinnen weit mehr als bisher zu tun. Sie scheint sich ihrer Verpflichtung dazu nicht bewußt zu sein. Die herrschenden Klassen selbst schauen behaglich schmunzelnd dem Stand der Dinge zu. So geschieht nichts, um die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in der Glasindustrie zu mildern, sie ist geradezu unbeschränkt.

In technischer Beziehung lassen die Glas Schleiferinnen sehr viel zu wünschen übrig. Es fehlt an genügender Ventilation und — was besonders im Winter für die Arbeiterinnen schwer ins Gewicht fällt — an der so notwendigen Warmwasserzuführung. Der Glas- und Sandstaub, der beim Schleifen der Gläser entsteht, schafft in Verbindung mit der mangelhaften Ventilation eine feuchte und stickige Luft. Sie legt sich schwer auf die Atmungsorgane und erzeugt Lungentuberkulose, die unter den Arbeiterinnen eine erhebliche Zahl von Opfern fordert. Die gefährlichen Krankheitserreger werden übertragen und setzen die Familie der Glasarbeiterinnen ständig der Ansteckungsgefahr aus. Da es im Winter in einer großen Zahl von Schleifereien an warmem Wasser fehlt, so muß im kalten Wasser geschafft werden. Rheumatismus ist die Folge davon. Lungentuberkulose und Rheumatismus sind die verbreitetsten und gefährlichsten Berufskrankheiten unter den Arbeiterinnen der Glasindustrie.

Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterinnen, die in der bayerischen Spiegelindustrie beschäftigt werden, dürften die schlechtesten von allen sein. An der bayerisch-böhmischen Grenze, in der Oberpfalz befinden sich Glasschleifereien, in denen das geblasene Rohglas für Spiegel geschliffen wird. Sind die Gläser in der Schleiferei fertiggestellt, so weisen fast alle kleine Fehler auf, die beseitigt werden müssen. Die Arbeiter nehmen die Spiegelgläser mit in die nahe der Fabrik gelegene Wohnung, damit sie dort duffiert werden, eine Arbeit, die meist Frauen verrichten. Sie ist die folgende. Es werden zwei Spiegelscheiben aufeinandergelegt, dazwischen

kommt ganz feiner Schmirgel. Die untere Scheibe liegt auf einem niedrigen Arbeitsbode, und die obere wird von der Arbeiterin so lange beständig hin und her geschoben, bis der Fehler ganz herauspoliert ist. Über die Einwirkungen der Arbeit auf die Gesundheit der Proletarierinnen äußert sich ein Hausarzt also: Die mit Duffieren beschäftigten Frauen leiden durch vieles Stehen an Krampfadern, durch das ständige Arbeiten mit nassem Sand und Schmirgel an entzündlichen Schrunden (Maceration). Ein Amtsarzt berichtet auffallend viele Fälle von Fehlgeburten und schreibt sie dem ständigen und tiefen Bücken bei der Arbeit auf den niedrigen Duffierbänken zu. Bei den Duffiererinnen wird außerdem sehr häufig beobachtet: Anämie, Rheumatismus, Magenleiden, Seitenstechen und auch Augenentzündungen, hervorgerufen durch das oftmalige Prüfen der Gläser auf Fehler hin. Dr. Kölsch schreibt hierüber: „Abgesehen von der Beschränkung der ohnehin unzulänglichen Wohnung, dürfte auch die unvermeidliche Durchnässung des Fußbodens und eventuell der Wände hierbei zu beanstanden sein. Die Arbeit selbst wirkt ermüdend auf Rumpf und Armmuskulatur, bedingt ständiges Bücken und hierdurch schlechte Körperhaltung sowie Druck auf die Bauchorgane, auch Durchnässung der Kleider.“

Solche Feststellungen von Ärzten beweisen, daß es um die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Glasindustrie sehr schlecht bestellt ist. Die Arbeiter der ganzen Oberpfalz und auch die Arbeiterinnen sind im Banne des Zentrums. Man sollte daher meinen, daß diese Partei es als ihre selbstverständliche Pflicht erachten würde, für die ausgedehnten und gesundheitlich schwer bedrohten Proletarier der Oberpfalz einzutreten. Wie alle anderen bürgerlichen Parteien, so hat auch das Zentrum seine Stimme nicht für den Schutz der gequälten Arbeiterinnen der Glasindustrie erhoben. Mögen sie verderben und sterben, wenn nur der Profit der Herren Unternehmer blüht. Man muß die Glasschleifereien der Oberpfalz bereist haben, um sich eine Vorstellung von den schlechten Arbeitsbedingungen der Frauen und Mädchen zu machen, die hier in der Glasindustrie schaffen. Herr Dr. Berlin, der Sohn eines bedeutenden Spiegelfabrikanten, schreibt in seiner Doktordissertation:

„Die Durchnässung der Wohnung, die übrigens, wie ich auf einem Werke sah, durch untergestellte Blechschiffe bedeutend verringert werden kann, ist auch der Hauptanlaß dazu, daß gesonderte Duffierräume eingerichtet werden. Zu der Durchnässung des Bodens kommt übrigens als weiterer Mangel noch hinzu, daß die Duffiererinnen das Wasser, in dem die Schmirgelabfälle verfaulen, meist die ganze Woche über nicht austreten, so daß in den meist dichtbevölkerten Zimmern, wo auch noch gekocht wird, die Luft dann nichts weniger als gut ist. Es sind nun auch schon auf etwa 20 Prozent aller Werke eigene Duffierräume eingerichtet. Jedoch breitet sich diese Einrichtung nur sehr langsam aus, denn einerseits ist hierzu ein meist kostspieliger Neubau erforderlich, und andererseits wollen die Arbeiterinnen selbst diese Arbeitsräume gar nicht und weigern sich sogar manchmal, dieselben zu benutzen, da sie bei der Arbeit dann nicht für ihre zahlreichen Kinder und für das Kochen sorgen könnten.“

Diese Darstellung des vielfachen Millionärs läßt das graue Elend der Arbeiterinnen in den Rohglasschleifereien der Oberpfalz erkennen. Der Fußboden in den Wohnungen, die als Arbeitsstätten dienen, ist durchnäßt, die Schmirgelabfälle verfaulen langsam im Wasser, und dabei sind die Zimmer meist von einer starken Familie bewohnt. Wenn der Sohn eines Millionärs eine Schilderung wie die obenstehende entwirft, so dürfte sich jeder Unbefangene eine Vorstellung von dem namenlosen Jammer der Arbeiterinnen und ihrer Familien bilden können.

Der Verdienst der Glasarbeiterinnen in der Oberpfalz ist sehr gering, wir lassen darüber wieder Herrn Dr. Berlin sprechen. Er schreibt:

„In mir vorliegenden Lohnlisten schwankt der Jahresverdienst von 13 Duffiererinnen eines Werkes bei 297 Arbeitstagen zwischen 206 und 321 Mk., das macht durchschnittlich pro Tag 0,96 Mk. oder pro Woche 5,75 Mk. Die tatsächlichen Wochenlöhne dieser 13 Duffiererinnen schwanken zwischen 3 Mk. und 6,75 Mk.“

Wir stellen diesem Hungerverdienst die Tatsache gegenüber, daß die Exporteure der bayerischen Spiegelglasindustrie Millionen an Gewinnen eingekassiert haben, Millionen, die aus den Leibern von Müttern und jungen Mädchen herausgeschunden worden sind. Das Geschäft ist also für die Unternehmer recht lohnend gewesen, während die Lohnsklavinnen in bitterer Not vegetieren. Und dies harte Los wird dauern, bis sie endlich ihre Kraft und Bedeutung erkennen, sich vom Gängelband des Zentrums lösen, sich zusammenschließen und organisiert für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Kaum anders steht es mit den Glasschleiferinnen in der Nähe der französischen Grenze in Göy en b r ü d bei Lemberg. In diesem Betrieb werden Brillengläser hergestellt. Gläser, die kleine Fehler haben, werden von den Arbeitern mit in die Wohnung genommen und dort von den Frauen poliert. Das Polieren geschieht an äußerst primitiven Apparaten, die mit dem Fuß getreten werden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen in Fabriken und gleichgestellten Betrieben Frauen an solchen Apparaten nicht schaffen. Kein Mensch kümmert sich um die in der Hausindustrie zu Göy en b r ü d beschäftigten Arbeiterinnen. Ihre Fingerspitzen werden von den Poliermännern arg verletzt und förmlich abgerieben. Beim Polieren entsteht ferner eine Menge Staub und Schmutz, der sich in der Wohnung verbreitet und von den Arbeiterinnen wie ihren Angehörigen eingeatmet wird. Der Polierstaub ist außerordentlich gesundheitschädigend, es ist daher kein Wunder, daß die Lungentuberkulose auch unter den Arbeiterinnen dieses Bezirks zahlreiche Opfer fordert. Die Entlohnung der Brillenglaspoliererinnen spottet jeder Beschreibung. Die Abrechnung geschieht nur monatlich, im ganzen Monat werden höchstens 18 bis 20 Mk. verdient, und das bei einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von zehn bis zwölf Stunden.

Auch in diesem Bezirk hängen die Proletarier dem Zentrum an, das sich noch niemals bemüht hat, die Klagen der Brillenglaspoliererinnen im Reichstag oder an irgendeiner anderen Stelle zur Sprache zu bringen. Leider haben trotzdem weder die freien Gewerkschaften noch die Partei Boden gewinnen können. Nur eine unermüdliche Aufklärungsarbeit wird das allmählich zum Besseren wenden.

Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Thüringer Christbaumschmuckindustrie beschäftigten Heimarbeiterinnen sind bekannt, wir brauchen darüber nicht viel zu sagen. Die Frauen und Mädchen schuften in der Saison vom frühen Morgen bis abends 10 Uhr, ja oft noch viel länger. Die Kinderarbeit steht — wie in der Thüringer Heimindustrie überhaupt — im Schwange. Mann, Frau und Kinder sind mit der Herstellung des Christbaumschmucks beschäftigt und erzielen einen Verdienst, der bei weitem nicht ausreicht, auch nur das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen. Dazu kommt, daß auch bei der Fabrikation von Christbaumschmuck die Frauenarbeit sehr aufreibend und gesundheitschädlich ist. Die Frauen und Mädchen besorgen hauptsächlich das Versilbern des Christbaumschmucks. Das aufgelöste Silber wird dabei mit dem Mund in einen kleinen Apparat gezogen und dann in die kleinen Glasfugeln geblasen. Nur in ganz seltenen Fällen geschieht das Versilbern auf eine andere Art. Die dem Silber zugefügten und darin aufgelösten giftigen Stoffe werden von der Arbeiterin eingeatmet. Wohl jeder Laie kann sich eine Vorstellung davon machen, wie ungeheuer gesundheitschädlich diese Verrichtung ist. Das übrige zur Vermürbung der Lebenskraft tut die Unterernährung, an der fast alle Arbeiterinnen infolge ihres geringen Verdienstes leiden. Der schlechtgenährte, schwächliche Körper der Frauen und Mädchen ist wenig widerstandsfähig, Krankheitsreger abzuwehren und Krankheiten zu überwinden. Das zeigt sich auch hier. Selbst schwangere Frauen verrichten das gefährliche Versilbern, und es muß geradezu auffallen, daß die Kinder solcher Proletarierinnen überhaupt lebensfähig sind. Die armen Würmer müssen im zartesten Alter, oft vom vierten Jahre an, schon mitarbeiten.

Dr. Kopenhagen in Schleusingen gibt davon folgende Schilderung:

„Die industrielle Heimarbeit ist es, welche die Kinder, bevor sie richtig laufen können, in ihren unheilvollen Bereich zieht, sie der Nervosität in die Arme wirft, bevor sie zu denken vermögen. Seht euch nur die armen Würmer an, wenn sie ängstlich nach ihren kleinen Arbeitskollegen Umschau halten, die schneller mit der Arbeit zu Gange kommen, aus Furcht, bei geringerer Leistung geächtet zu werden; betrachtet sie euch, wenn sie hohlwangig bis spät in die Nacht hinein vor ihrem Öllämpchen lauern, bis ihnen die müden Augen zufallen.“

Die Ausführungen dieses Arztes zeigen, wie jämmerlich das Leben der Kinder ist. Müßten die Arbeiterinnen selbst als Mütter nicht unter graufigen Zuständen leiden, so würden sie sicher ihren Kindern ein besseres Dasein schaffen. Schon das Elend der Kinder allein sagt uns, daß die Arbeiterinnen alles daransetzen müssen, um zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zu kommen.

Die Arbeiterin der Glasindustrie gehört zu den gedrücktesten und ausgebeuteten Proletarierinnen. Es macht dabei kaum einen Unterschied aus, ob sie in Fabriken schafft, oder aber ob sie in der Heimarbeit ihr kärgliches Brot unter gesundheitlichen Gefahren und Schädigungen erwirbt.

Der gewerkschaftlichen wie auch der politischen Organisation stehen die Arbeiterinnen der Glasindustrie fast ganz fern. So kann die kapitalistische Ausbeutung so gut wie ungezügelt Profit aus ihnen herauspressen. Ein weites und schwer zu bestellendes Feld harret hier der Bearbeitung. Hoffentlich bricht endlich die Zeit an, in der auch die Arbeiterinnen der Glasindustrie den Wert des Zusammenschlusses erkennen und gemeinsam mit der übrigen erwachsenen Arbeiterklasse organisiert und zielklar auf dem Wege vorwärtschreiten werden, der zu einer menschenwürdigen Existenz und zur Freiheit führt.

E. G.

Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in Berlin.

Die Raifundgebung, das Symbol der internationalen Verbrüderung der Ausgebeuteten aller Länder, hatte in Berlin eine würdige Vorfesier. Am 21. April demonstrierten dort die Frauen in einer imposanten Versammlung gegen den Militarismus und für das sozialistische Friedensideal. Dank der Anwesenheit ausländischer Genossinnen trug die Veranstaltung einen internationalen Charakter.

Den inneren Anlaß zu ihr gab eine Sitzung des vorbereitenden Komitees von Genossinnen, die die Vorschläge zur Tagesordnung der bevorstehenden dritten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen in Wien zu beraten und geschäftliche Dinge zu regeln hatte. An der Sitzung beteiligten sich aus Österreich die Genossinnen Popp und Pöschel, aus England Genossin Longman, aus Holland Genossin Ankersmit, eine Vertreterin organisierter russischer Genossinnen, aus Deutschland die Genossinnen Waader und Riech. Als internationale Sekretärin leitete Genossin Reikin die Verhandlungen. Die Genossinnen haben in wenig Zeit einen sehr reichen Beratungstoff erledigt und damit nützliche Vorarbeit für die Konferenz geleistet. Aber das genügte ihnen nicht. Sozialistinnen sind von der Sehnsucht verzehrt, jede Minute ihrer Zeit, jedes Fünkchen ihrer Kraft ihren hohen Idealen zu widmen. Was lag da näher, als daß die zusammengekommenen Genossinnen die Gelegenheit nützten, um die ausgebeuteten Massen zum heiligen Krieg wider Betrüsten und Brudermord aufzurufen, um ihnen die Bedeutung der proletarischen Solidarität, die Erhabenheit der sozialistischen Friedensbotschaft zu zeigen. Der blindwütige Imperialismus der Besitzenden schafft in allen Ländern dem Volk der Arbeit Fein und Gefahr, kann es dazu zwingen, eines Tages seine ganze Macht für den Frieden einsetzen zu müssen. Zu dem Vereinfachen dieser Nacht haben die Proletarierinnen beigetragen.

Die Berliner Parteiorganisation hatte die Einberufung und Vorbereitung der Demonstrationsoberversammlung übernommen. Trotz des lodenden herrlichen Frühlingswetters füllten Tausende den Niesenaal der „Neuen Welt“. Eine begeisterte Stimmung trug die Versammlung. Beifallsstürme bekundeten die Zustimmung zu dem Ausdruck unverföhnlichen Hasses gegen den

Rüstungswahnsinn und den Völkermord, ließen die werbende Kraft der sozialistischen Brüderlichkeitsideen erkennen. Die Polizei ehrte die Versammlung in ihrer Weise. Sie hatte zwei uniformierte Überwachende geschickt und ließ unter Berufung auf den „fortschrittlichen“ Sprachenparagrafen erklären, daß sie nur Reden in deutscher Sprache dulden werde. Kurz, sie beschneigte den Genossinnen wieder einmal ihre „Staatsgefährlichkeit“. Als Vertreter der Berliner Parteileitung führte Genosse Ernst den Vorsitz in der Versammlung. Er eröffnete sie mit herzlichem Begrüßungsworten und schloß sie mit der ironischen Versicherung, die Polizei dürfe sich gewiß nicht beklagen, es sei von allen Genossinnen sehr deutsch geredet worden. Genossin Zettin gab einleitend einen gedrängten Überblick über die Entwicklung der sozialistischen Fraueninternationale und die wichtigsten Aufgaben der Konferenz zu Wien. Sie begründete kurz, weshalb es den sozialistischen Frauenproleten- und Ehrensache sei, in dem dichtesten Gedränge des proletarischen Kampfes wider den Imperialismus zu stehen. Nun nahmen nacheinander die ausländischen Genossinnen das Wort. Nur eine mußte fehlen: die russische Sozialdemokratin. Der Grund dafür ist in der eingeschickten Ansprache enthalten, die wie die Sympathieumgebungen der finnischen und schwedischen Sozialistinnen von Genossin Zich verlesen wurde. Diese gab zum Schluß eine scharf pointierte, zündende Zusammenfassung der Gründe, die im Hinblick auf die Emanzipation der Arbeiterklasse, auf die Menschheitsbefreiung zum rasiosen Ringen wider den Militarismus und für den Weltfrieden mahnen. In packenden Worten zeigte sie der Zuhörerschaft die Kulturwidrigkeit des Imperialismus, die Größe und Reinheit des sozialistischen Friedensideals. Wir lassen die Reden und Kundgebungen der ausländischen Genossinnen folgen. Sie lassen empfinden, daß in der proletarischen Frauenbewegung der ganzen Welt ein Geist lebendig ist, ein hehres Ziel vorwärts treibt.

Genossin Ankermit-Amsterdam, Vertreterin des Verbandes sozialdemokratischer Frauenklubs der Niederlande:

Wie die Großen singen, piepsen die Kleinen! Ob es sich um ein großes kapitalistisches Land handelt oder um ein kleines, es ist alles Kuckuck, das nämliche Lied. Und so wird in dem kleinen Holland dem Vielstraß Militarismus verhältnismäßig nicht weniger geopfert als in eurem großen Deutschland. Und auch in dem kleinen Lande geschieht es unter dem gleichen chauvinistischen, imperialistischen Wahlspruch: Die nationale Wohlfahrt fordert es. Auch in dem kleinen Lande brüstet man sich mit den Millionen und Schätzen, die der ausländische Absatzmarkt dem Vaterland bringt.

Wohl braucht man bei uns nicht die Dattelkiste von Herrn Dernburgs Phantase, um dem Volke Millionen vorzugaukeln. Nein, in Holland proßt man mit den 100 Millionen, die vom holländischen Kapital jedes Jahr aus den Kolonien geholt werden. Aber gleich wie bei euch wird vergessen, zu sagen, wer denn die Millionen einstreicht, vergessen wird zu sagen, welcher Teil davon dem Volke zufällt. Vergessen wird zu sagen, daß das Volk seine Söhne hergeben soll, damit sie als Kolonialtruppen in fernem Ländern dienen, von wannen wir sie mit Krankheiten und Lastern behaftet, manchmal gänzlich demoralisiert zurückkehren sehen — oder auch nicht. Vergessen wird, davon zu reden, wie groß die Opfer an junger Manneskraft sind, die der Militarismus heischt. Vergessen wird auch, davon zu reden, daß wegen der großen finanziellen Opfer, die der Militarismus fordert, dem Volke die soziale Fürsorge vorenthalten bleibt, die es nur zu dringend braucht. Vergessen wird dabei ebenso, daß es in den Kolonien selbst am nötigen Volksunterricht fehlt, daß hier die kulturelle Entwicklung nicht die nötige Förderung erhält, um unsere überseischen Besitzungen auf eine höhere Produktionsstufe zu heben. Alle Schätze werden der Natur des Landes und seiner Bevölkerung selbst abgepreßt, damit sie — wenn sie nicht in den Taschen der Kapitalisten verschwinden — dazu dienen, die aufreißerischen Stämme niederzuschlagen, oder damit sie sonstwie für die Befestigung der Kolonialmacht vergeudet werden. Vergessen wird vor allem, davon zu reden, daß im Vaterland das Heer und die Flotte gegen das Volk selbst aufgebildet werden, wenn es versucht, seine Lebensbedingungen zu heben.

O, das kleine kapitalistische Holland steht in der Entwicklung des Militarismus eurem großen Reich nicht nach. Auch hier ist das Wort Lassalles noch immer am Platze: Die Steuern, die die regierende Klasse braucht, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, wälzt sie auf die Schultern der unterdrückten Klassen ab. Gilt es eine kleine Verbesserung in den Lebensverhältnissen der arbeitenden Klasse, so erschallt es sofort: Ho, halt da! Unendliches Kopfgeldbrechen und tausenderlei Einwände hört man dann, wo denn

das Geld dafür herkommen solle. Handelt es sich dagegen um Millionen für den Militarismus, so sind sie im Sandumdrehen da. So sehen wir auch in Holland das Budget für Heer und Flotte fortwährend mit jedem Jahre weiter steigen. Der Dienst, das Kontingent wird immer schwerer und größer, denn bei uns wie bei euch ist der Imperialismus, das Kind des Kapitalismus, auf den Schild erhoben worden.

Wohl haben wir zu dem allem noch einen Friedenspalast, und in seinem Vestibül steht ein Friedensengel. Aber der ist steinern. Warm und lebendig schafft und wirkt für die Erhaltung des Friedens bei uns wie bei euch nur die arbeitende Klasse. Neue Kräfte, neue Gedanken entwickeln sich in ihr. Ein neuer Willen, stark und bewußt, ist lebendig. Und, Genossinnen, bei uns wie bei euch tragen auch die Frauen des Proletariats die neuen Gedanken und den neuen Willen in der Seele. Der wissenden und wollenden Frauen des werktätigen Volkes werden immer mehr. Es wächst und wächst auch bei uns, bis der Tag erscheint, wo wir mit euch, mit der Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder geeint zusammenstehen zum letzten großen Kampfe, der allem Krieg ein Ende machen wird für immer! Denn dann werden wir eine Gesellschaft freier Menschen begründen. Krieg dem Kriege! Hoch der Frieden! Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Genossin Longman-London, Vertreterin des Internationalen Frauenrats der Sozialistischen und Arbeiterinnenorganisationen Großbritanniens:

Genossinnen und Freunde! Ich empfinde es als große Ehre, dieser Versammlung die Grüße der Genossinnen in England überbringen zu dürfen. Es ist eine Herzensfreude, einer Versammlung wie dieser beizuwohnen und mitzuhelfen, die Wirklichkeit und Stärke unserer internationalen Bewegung zu zeigen. Denn die „sozialistische Internationale“ ist eine fertige Tatsache geworden, eine Tatsache, auf die wir in jedem Sinne stolz sein können. Bedenken Sie, wir Sozialisten haben vollbracht, was keine andere Partei vollbringen könnte, ja, was auch nur zu versuchen keiner von ihnen allen einfallen würde. Wir haben eine Partei geschaffen, die ein und dasselbe ist in allen Ländern. Nicht nur hier in Deutschland und in England und in jedem Staate von Europa bis zu dem grauenhaften Gefängnis Rußland, sondern auch in Amerika auf der anderen Seite des Ozeans und rund um die Erde im fernen Japan: sind wir — wir — vertreten in jedem Lande, in dem eine politische Regierung im modernen Sinne des Wortes überhaupt existiert. Wir sind eine weltumspannende Partei, trotz all unserer Verschiedenheiten im einzelnen, denn wir leugnen natürlich nicht, daß solche Verschiedenheiten bestehen. Jedes Land hat seinen eigenen Bedürfnissen und Aufgaben gerecht zu werden, in jedem Lande nimmt der Kampf eine andere Gestalt an. Aber wir heißen diese Verschiedenheiten, diese Abweichungen voneinander willkommen, wir lernen aus unseren jeweiligen Erfahrungen voneinander, und hinter allem, was uns unterscheidet, empfinden wir stets die zugrundeliegende Einheit. Wir sind eins.

Und deshalb kann ich nach Deutschland kommen, und Sie können nach England reisen, oder wir können in jedes andere Land gehen: immer werden wir Freunde und Genossen finden, denn unsere Partei ist dort. „Unsere Partei.“ Man denke sich ein Mitglied irgendeiner anderen politischen Organisation, das in ein anderes Land ginge und sagte: „Unsere Partei.“ Wer würde es verstehen? Niemand. Aber wir verstehen das Wort, denn unsere Partei ist auf der ganzen Welt eins.

Ich selbst habe in letzter Zeit viele Beweise unserer Solidarität erfahren. Ich kam nach Deutschland als unbedeutende Fremde, ohne irgendwelchen Anspruch auf irgend jemandes Aufmerksamkeit. Ich hatte nichts für mich, als daß ich eine Sozialistin bin und den englischen Genossinnen und Genossen helfen will — und durch sie der internationalen Bewegung —, indem ich soviel wie möglich aus der Erfahrung der deutschen Genossinnen und Genossen zu lernen versuchte. Überall fand ich Freunde und ein brüderliches Willkommen, wofür ich mit Freunden an dieser Stelle der ganzen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung meinen Dank ausspreche. Ich wußte im voraus, daß es so sein würde. Ich wußte, wie stolz wir in England sind, Genossen und Genossinnen aus anderen Ländern zu begrüßen, jetzt habe ich es an mir selbst erfahren, jetzt fühle ich es auch, daß die Internationale eine große, lebendige Tatsache ist.

Aus diesem Grunde, weil wir Brüder und Schwestern in allen Ländern haben, hassen wir Sozialisten den Krieg so sehr. Nicht aus Furcht, obwohl wir die Schrecknisse des Krieges voll erkennen. Aber Leiden sind der sozialistischen Partei nichts Neues. In jedem Lande haben unsere Genossen Gewalttat erduldet, wir haben unsere Märtyrer. In jedem Lande mußten die Sozialisten zu Zeiten Ge-

walt anzuwenden und können wieder Gewalt anwenden müssen. Es gibt Zeiten, wo nur physische Kraft die Macht eines Bedrückers brechen kann. Aber wir haben keinen Grund zur Gewalt gegen das Volk, das unsere Brüder und Schwestern umfaßt, ob sie nun in unserem eigenen Lande oder einem anderen angehören. Wir können den Gedanken nicht ertragen, daß wir sie bekämpfen sollen, um dem Reiche oder dem Weibbeutel der Kapitalisten zu dienen.

Frauen insbesondere, deren eigenste Aufgabe es ist, Leben zu gebären, können nicht ihre Söhne aussenden, um auf Befehl eines Herrschers hin anderer Frauen Söhne zu töten. In England wird den arbeitenden Frauen das Grauenhafte eines solchen Tuns immer klarer. Ich möchte Ihnen gerne ein Beispiel dafür geben. Vor kurzer Zeit hatten wir unsere Jahresversammlung der Liga für die Frauen der Arbeiterklasse (Women's Labour League). Viele wichtige Dinge standen auf der Tagesordnung. Gegenstände tiefen Interesses für die arbeitenden Frauen in ihrem alltäglichen Leben, wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, die Lebensmittelteuerung, die Kinderfürsorge, und zwischen dem allen stand auch die Kriegsfrage. Die Gruppen wurden aufgefordert, darüber abzustimmen, was zuerst diskutiert werden sollte, und mit überwältigender Mehrheit beschloßen sie, an erste Stelle die Resolution über den Krieg zu setzen. Niemand, der die Engländer und vor allem die englischen Arbeiterinnen kennt, kann sie zeihen, doktrinar zu sein. Unser englischer Sozialismus knüpft an die praktischen Angelegenheiten des Alltagslebens an, und weil wir wissen, daß die Frage: Krieg und Frieden eine praktische ist, die jeden Proletarier angeht, ob Mann oder Frau, darum haben wir beschloßen, gleich zu Anfang unserer Konferenz unseren Haß gegen den Krieg zum Ausdruck zu bringen und unseren Wunsch, ihn zu verhindern.

Wir können den Krieg verhindern, Genossinnen und Genossen, wenn wir nur stark und einig sind, und niemand anders kann es. Die Kapitalisten sind jetzt stark und reich. Die Waffenfabriken haben sogar ihre eigene internationale Organisation. Aber wenn wir in allen Ländern das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit auf unsere Seite bringen können, indem wir es aufklären und organisieren für die Sache des Friedens, so werden wir die Stärkeren sein. Es ist eine große Aufgabe, die vor uns liegt. Die Proletarier in allen Ländern müssen sich klar machen, daß ihre Feinde nicht die anderen Proletarier sind, die jenseits einer Grenze leben und zufällig eine andere Sprache sprechen, sondern alle Unterdrückten und Tyrannen, ob sie nun in ihrem eigenen Vaterland wohnen oder in irgendeinem anderen Staate. Die Proletarier werden dann erfüllt sein von dem Geiste internationaler Solidarität, wie wir ihn verstehen, die wir Sozialisten sind. Und alle werden einander die Hände reichen können, wie wir das in unseren internationalen Versammlungen und Tagungen tun und werden zusammen rufen:

Hoch der Sozialismus! Es lebe die Internationale!

(Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Auch in Ostpreußen, einem Paradies der Junker, die mit Hilfe von Armut, Unbildung und Alkohol ihre Herrschaft zu halten suchen, hat die rote Wöde einen schönen Erfolg gebracht. Die Parteileitung in Königsberg hatte in folgenden Orten Versammlungen veranstaltet, in denen die Unterzeichnete referierte: Königsberg, Heidekrug, Juditten, Tilsit, Ragait, Remel, Schmelz und Wehlau. In Königsberg mit seiner sehr guten Frauenbewegung wurde der Frauentag zu einer imposanten Kundgebung. Über 1300 Frauen füllten den großen Saal. Genossin Hartung eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den internationalen Charakter des Frauentags. Der Vortrag begründete die Forderung des Frauenwahlrechts. Die Nervosität des überwachenden Polizeileutnants führte wegen eines falschen Jüngenschlags über unseren beliebten Reichskanzler zu einer Unterbrechung des Referats. Die Drohung, daß die Versammlung aufgelöst werden solle, erzeugte begreifliche Erregung. Das staatsreiterische Auftreten des Herrn konnte weder den fürnischen Weisfall noch 60 Neuaufnahmen für die Partei verhindern. Außer der Frauentagsresolution wurde noch einstimmig eine Sympathiekundgebung für Genossin Luxemburg angenommen. Sie lautet:

„Die heute zur Frauenwahlrechtsversammlung versammelten Frauen und Mädchen Königsbergs erheben Protest gegen das rechtlich verfehlte und nur aus der Klassenbefangenheit bürgerlicher Richter begreifliche Urteil der Frankfurter Strafkammer über unsere Genossin Rosa Luxemburg. Voll Stolz über unsere fühnigen Vorkämpferin bekennen sich die Versammelten uneingeschränkt zu den von ihr bekundeten Ansichten. Sie haben mit ihr

die Überzeugung, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche und volksfeindliche Erscheinung sind und durch den Unwillen des Volkes unmöglich gemacht werden müssen. Sie geloben daher, in diesem Sinne als Mütter und Erzieherinnen im Hause wie als Kämpferinnen im öffentlichen Leben unausgesetzt zu wirken und die Kulturschädlichkeit des Militarismus, den der Staatsanwalt als Lebensnerv des heutigen Klassenstaats bezeichnet hat, an den Pranger zu stellen. Sie sprechen der Genossin Luxemburg, der von allen Volksfeinden gefürchteten erfolggetrübten Bannerträgerin unserer sozialistischen Ideale, begeistert Zustimmung und wärmsten Dank aus für ihre opfervolle Lebensarbeit im Dienste des Befreiungskampfes des arbeitenden Volkes.“

Der Gesangsverein „Vorwärts“ ließ dem Vortrag ein prächtiges Lied folgen, wie er ihm ein solches vorausgeschickt hatte. Die Veranstaltung schloß mit anfeuernden Worten der Genossin Hartung. Wir hoffen, daß sie alle angespornt hat, unermüdet dafür tätig zu sein, daß die Organisation des kämpfenden Proletariats wächst und erstarkt. Die Versammlungen in Heidekrug und Juditten waren infolge des Wetters schlecht besucht. Genossin Wehlau ermahnte in der Diskussion die Frauen zur freudigen Mitarbeit. Trotz Schneesturm und Hagel nahmen an der Veranstaltung in Tilsit 400 Personen teil. Hier zeigten sich die Früchte einer guten Voragitation. Es war eine Freude, zu den gespannt lauschenden Frauen zu sprechen, denen die Begeisterung für den Sozialismus aus den Augen strahlte. Genosse Wolff gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß nun durch die neugeworbenen Mitglieder in Tilsit das erste Tausend politisch organisierter überschritten sei. In Ragait bewies der Versammlungsbesuch deutlich, wie aufrüttelnd die gegenwärtige Lage auf die Arbeiterklasse wirkt, ganz besonders auf die Frauen. An der äußersten Spitze Ostpreußens, in Remel und Schmelz, war wohl manche Frau zum erstenmal in eine Versammlung gekommen. Daß sich hier für die Ärmsten eine neue Welt des Hoffens aufatet, ließ die freudige Stimmung erkennen, die unsere Veranstaltung besetzte. Die Mahnung, den Alkohol zu meiden, fand ein starkes Echo. Für die letzte Versammlung in Wehlau hatte das konservative Tagblatt der Stadt unserer Agitation gute Dienste geleistet. Es hatte nach allerlei törichtem Geschreibsel gemahnt: „Darum, ihr Arbeiter und Frauen von Wehlau und Umgegend, brüdt die Hand auf den Weibbeutel und schickt am nächsten Sonntag eure Obergewissen, die euch doch nur für dumm halten, auch auf den Mond mit samt den Genossinnen, die euch den Unfimm vom Frauenwahlrecht predigen wollen.“ Unser Parteiorgan hatte daraufhin den Verfasser der Notiz aufgefordert, seine Sache in der Versammlung zu vertreten und vollste Redefreiheit zugesichert. Wer nicht erschien, das war der Herr Kopf an Kopf gedrängt standen aber die Ausgebauten, Frauen und Männer, in der Versammlung. Durch häufiges Nicken gaben sie ihre Zustimmung zu erkennen. Die Vortragende berücksichtigte bei ihren Ausführungen ganz besonders die jammervolle Lage der Landarbeiterinnen. Sie schilderte die Folgen ihrer langen täglichen Arbeitsfron und des geringen Lohnes von 1 bis 1,20 Mk. pro Tag. Sie zeigte an Tatsachen, daß auch die Kinder den Reichtum der Junker mehren müssen. Von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr kann man die Kleinen bei schwerer Landarbeit antreffen, beim Mistkarren, Pflanzten, Säen usw. Ihr Lohn ist ganz erbärmlich. Den Eltern wird die Entlassung angedroht, wenn sie ihre Kinder nicht zur Arbeit mitbringen. Galt ostelbisch! Wer die vollständige Abhängigkeit der Landarbeiterschaft in Ostpreußen kennt, kann auch verstehen, daß hier unsere Bewegung nur langsam fortschreitet. Oft sind Männer gezwungen, ihre Stimme bei den Wahlen dem konservativen Junker und Ausbeuter zu geben. Der Schnaps spielt als Mittel zur Unterwerfung der Habenichtse eine große Rolle. Dank der unermüdeten Aufklärungsarbeit unserer tätigen Genossen und Genossinnen beginnt trotz alledem die Landarbeiterschaft zu erwachen. Die hart Ausgebauten und Entrechteten kommen zum Klassenbewußtsein. Der Sozialismus gibt ihnen neue, hohe Lebenshoffnungen. Sie erkennen die Macht, die in der Organisation liegt. Mehr als 300 Parteimitglieder wurden in den Versammlungen gewonnen. Überall fand unsere Tagespresse und die „Gleichheit“ neue Abonnenten. An der Parteileitung in Königsberg wird es nun liegen, das Gewonnene zu behaupten, das Interesse der Neuorganisierten wachzuhalten, ihre Erkenntnis zu festigen und zu klären, damit sie mit ganzer Kraft dem Sozialismus dienen. Martha Demming.

Ferienausflüge der Volksschüler in Brannschweig. Es ist nicht nur das Brot, das den Proletarierkindern fehlt, nicht nur die gesunde Lagerstatt, die ausreichende Kleidung. Was ihr Schicksal fast noch bellagener macht und für ihre Zukunft eine ganze Reihe schwerer Gefahren in sich birgt, das ist ihre Verlassenheit.

Vier Millionen erwerbstätige Frauen im Deutschen Reich! Das bedeutet ebenso viele zerstörte Heimstätten und mindestens die gleiche Anzahl von Kindern, die tagsüber der Pflege, Aufsicht, Hilfe, Fürsorge und Liebe der Mutter entbehren müssen. Kinder, sich selbst überlassen oder nur ungenügend betreut, bevölkern die Straßen, treiben sich in engen, übelriechenden Höfen oder sonst irgendwo umher. Hundertfach sind die Gefahren und Schäden, körperliche, geistige, sittliche, denen diese Kinder ausgesetzt sind. Hier liegt eine Quelle der zunehmenden Verrohung der Jugend, über die die Spießer in sittlicher Entrüstung zetern und die sie kurzfristig mit strengen Strafen glauben bekämpfen zu können. Wie manches Proletariatskind wäre vor der Folter der Fürsorgeerziehung, der Strafkast, vor einem verhehlten Leben bewahrt geblieben, hätte es die Liebe und Warnungen der Mutter, die feste und gütige Hand des Vaters nicht entbehren müssen.

Euterbte des Glückes, haben die meisten Proletariatskinder auch keine rechte Freude an ihrer Schulferienzeit. Sie vertauschen nur das graue Schulelend mit dem grauen Elend ihrer häuslichen Umgebung. Während die „besseren“ Bürgerkinder im Gebirge oder an der See goldene Ferientage erleben, lebt und webt der Proletariatsprohlerling weiter in der dumpfigen Mietkaserne, im Schmutz der Gasse, oder er wird noch weiter ins Joch der Erwerbsarbeit eingespant. Das sind nicht Bedingungen, unter denen die zarten Kinder sich die Lungen und Muskeln kräftigen, sich rote Wangen holen können. Die Berichte der Schulärzte reden von Tausenden blutarmen, skrofulöser, selbst schwindfüchtiger Kinder. Sie liefern nur zu deutliche Beweise dafür, daß die Proletariatsjugend heute in durchaus ungesunden Verhältnissen dahinwelkt und verkümmert.

Gewiß, im Bürgertum dämmert es hier und da ein wenig, manche einsichtige Köpfe erkennen die Gefahren, die den proletarischen Kindern aus solchen Zuständen erwachsen. Aber durchgreifende soziale Abhilfe zu schaffen kostet viel Geld! Das wird zu Fürstentagen und zur Anschaffung neuer Mordmaschinen notwendig gebraucht. Vereinzelt nur und recht kümmerlich sind die Abhilfsmahnahmen des Bürgertums gegen das Elend der Proletariatsjugend. Wollen wir es darauf ankommen lassen, ob das Bürgertum sich auf seine Pflicht besinnt, ob es vielleicht durch „Wohltätigkeit“ oder besser von Gemeinde wegen etwas für unsere Schuljugend tut? Oder sollen wir warten, bis die Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten zahlreich genug sind, Verbesserungsmaßnahmen zu erzwingen? Es wäre verfehlt, auch nur einen Tag die Hände in den Schoß zu legen, wenn wir in der Lage sind, dem furchtbaren Kinderelend zu begegnen, das wir vor Augen haben. Die Arbeiterklasse hat schon oft gezeigt, daß sie wohl imstande ist, selbst Hand ans Werk zu legen, und daß sie stets am besten fährt, wenn sie das tut. So auch angesichts der Notwendigkeit, ihrer Jugend Schicksal zu bessern. Wir haben, ein Vorbild und Schrecken unserer Gegner, Einrichtungen zur Bildung und Erziehung der schulentlassenen Jugend geschaffen. Wir sind auch in der Lage, unserer lieben Schuljugend zu helfen. Zwar können wir das Kinderelend der kapitalistischen Zeit nicht restlos beseitigen. Aber sicher ist es uns gegeben, ein Wesentliches zu seiner Milderung zu leisten. Zahlreiche Kinderschulkommissionen sind bereits bei der Arbeit und haben das öffentliche Gewissen für das Los der proletarischen Kinder geschärft.

Als gangbarer Weg, für das Wohl unserer Kinder zu wirken, haben sich die Ferienausflüge bewährt, die vielerorts von Genossinnen und Genossen veranstaltet werden. Da in Braunschweig im letzten Sommer die Ferienausflüge eine besonders erfreuliche Entwicklung genommen haben, so dürften einige Angaben über ihre Organisation manche brauchbare Anregung für andere Orte bringen. Schon im Sommer 1912 hatten vier Ausflüge großen Anklang gefunden, die auf Betreiben einiger tätigen Genossinnen und Genossen veranstaltet und von der Partei finanziell unterstützt worden waren. Der Wunsch war allgemein, die Ausflüge 1913 während der Sommerferien auf breiterer Grundlage zu wiederholen. Mit der Ausführung wurde die neugegründete Kinderschulkommission gemeinsam mit dem Bildungsausschuß beauftragt. Partei und Gewerkschaftskartell stellten zur Deckung der Unkosten zunächst je 350 Mk. zur Verfügung. Um einen Überblick über die zu erwartende Teilnehmerzahl zu gewinnen, mußten die Kinder sich vorher an etwa 25 Stellen anmelden. Sie bekamen daraufhin Teilnehmerkarten, auf denen Name, Wohnung und Alter vermerkt stand; in den östlichen Stadtbezirken waren die Karten grün, in den westlichen rot. In kurzer Zeit hatten sich ungefähr 8000 Kinder gemeldet, fast die Hälfte aller Braunschweiger Volksschüler. Da es uns darauf ankam, möglichst vielen Kindern die Beteiligung an den Ausflügen zu ermöglichen, so mußten diese kostenlos sein und den

Kindern bescheidene Verpflegung bieten. Als einwandfreies Getränk erschien uns Kaffee, dazu wurde ein großes Stück Kuchen gegeben, das die Anziehungskraft der Ausflüge merklich erhöhte. Der Kaffee wurde von unseren Genossinnen selbst zubereitet. Den Kuchen, ebenso wie Kaffeebohnen, Zusatz und Zucker lieferte der Allgemeine Konsumverein zum Selbstkostenpreis. An die Gastwirte zahlten wir 8 bis 10 Pf. pro Liter Kaffeewasser, für die Milch 20 bis 30 Pf.

Die Ausflüge fanden in jeder Ferienwoche Dienstags und Donnerstags statt. Sie öfter zu unternehmen, wie es wohl wünschenswert wäre, verbot die Rücksicht auf die auffichtführenden Genossinnen und Genossen. Zu jedem Ausflug fanden sich durchschnittlich rund 5000 Kinder ein, manchmal mehr, manchmal auch weniger. Die Kinder wurden auf acht schön gelegene Ausflugslokale in der näheren Umgebung der Stadt verteilt. Eine große Gartenwirtschaft, das Waldhaus Osper, nahm allein 2000 und mehr Kinder auf, andere Wirtschaften 200 bis 800. In der Regel kam auf jede Abteilung von 400 Kindern ein Führer oder eine Führerin. Die Kinder waren weiter in Gruppen von je 40 eingeteilt, denen eine Gruppenführerin vorstand, Genossen wirkten nur in ganz beschränkter Zahl mit. Die Kaffeeköchinnen und sonstige Helferinnen mitgerechnet, waren bei jedem Ausflug rund 200 Genossinnen und einige Genossen tätig. Sie verrichteten ihre mühevolle Arbeit mit großer Hingabe, ja brachten noch materielle Opfer. Alles, was sie als Gegenleistung erhielten, war ein Stück Kuchen und eine Tasse Kaffee.

Opferwillig und hilfsbereit zeigte sich die gesamte Arbeiterschaft, bei der die Ferienaussflüge ungeteilte Begeisterung erweckten. Zur Deckung der Unkosten steuerten die einzelnen Gewerkschaften insgesamt noch über 2000 Mk. bei. Die Metallarbeiter bewilligten allein 1000 Mk., die Fabrikarbeiter 500 Mk., außerdem kamen durch freiwillige Sammlungen noch innerhalb 4 Wochen über 3000 Mk. ein. Insgesamt wurden uns für die Ausflüge 6350 Mk. bares Geld zugeführt, wovon wir rund 5000 Mk. verausgabten. Daneben wurden noch Bonbons gespendet und für 625 Mk. Kuchen. In der letzten Ferienwoche fand außer den regelmäßigen Veranstaltungen noch ein Ausflug mit der Eisenbahn für die älteren Kinder statt, dessen Ziel das wundervoll gelegene Kurhaus Nienberg war. Ein Extrazug mit 24 Wagen brachte 1200 Kinder und 300 Erwachsene an Ort und Stelle. An diesem Tage wurden die Kinder mit Kaffee, Würstchen und Gebäck bewirtet. Jeder der neun Ausflüge kostete rund 600 Mk. Ernste Unfälle kamen nicht vor. Genossen vom Arbeiter-Samariterbund hatten sich bei jedem Ausflug bereitwillig zur Verfügung gestellt und griffen bei den leichteren Unfällen mit Geschick ein. Das Philharmonische Orchester machte sich bei der Jugend recht beliebt und stellte uns wiederholt Klavierspieler, zweimal sogar eine ganze Musikkapelle zur Verfügung. Mandolinenküßler erwarben sich durch ihre Darbietungen ebenfalls große Gunst.

Das allseitige Bestreben, etwas Gutes zu schaffen und den Proletariatskindern in ihrem so entbehrungsreichen Dasein eine Freude zu bereiten, zeitigte die besten Erfolge. Unsere Ferienausflüge haben den Beweis für das Bedürfnis wie die Möglichkeit solcher Veranstaltungen erbracht. Der Nutzen der Ferienaussflüge ist nach verschiedenen Richtungen hin gar nicht hoch genug zu veranschlagen. Zunächst sind sie als eine bedeutende soziale Leistung, ein Stück Selbsthilfe der Arbeiterschaft aus eigener Kraft zu werten. Auch im Bürgertum haben uns diese Ausflüge Respekt und Anerkennung verschafft. Dann fasse man die Wirkung dieser Massenausflüge auf die Kinder ins Auge. Es wurde nicht nach Stand und Partei der Eltern gefragt. Alle nahmen wir sie mit, die Kinder von Beamten, von Unorganisierten, sogar von Streikbrechern und Gelben. Auch einige Pfadfinderlein und Jungdeutschlandbündler waren darunter, und sie haben sich recht wohl gefühlt bei uns. Sie glauben es gewiß nicht mehr, wenn man ihnen sagt, die Sozialdemokraten wären vaterlandslos, schlechte Kerle. Man konnte beobachten, daß die Disziplin der Kinder mit jedem Ausflug eine bessere wurde, wie sie lernten, sich in das Ganze einzufügen. Nicht zu unterschätzen ist auch, daß die Kinder bei solchen Veranstaltungen sehen, was die Einigkeit und Tatkraft der organisierten Arbeiterschaft zustande bringt. Ohne aufdringliche Beeinflussung empfangen Geist und Charakter der Kinder viele gute Keime eines sozialistischen, echt menschlichen Fühlens und Denkens. In einer Zeit, wo der Kampf um die proletarische Jugend schärfer als je entbrannt ist, erweisen sich so die Ferienaussflüge auch als ein vortreffliches Mittel, die Kinder persönlich mit uns in Fühlung zu bringen und zu verführen, daß die Gegner sich ihrer Seelen bemächtigen. Die Arbeiterschaft allerorten sollte ähnliche Veranstaltungen treffen. Die Opfer an Mit-

ten und Mühen werden reich belohnt. Lasset uns unseren Kindern leben!

R. B.

Ferienpaizergänge der Kinderschutzkommission in Karlsruhe.
Nachdem auch in Karlsruhe eine Kinderschutzkommission gegründet worden war, wurden von ihr während der Ferien 1913 zum ersten Mal Spaziergänge für Arbeiterkinder veranstaltet. Wenigstens zweimal in der Woche sollten die proletarischen Kleinen den engen, luft- und lichtarmen Wohnungen, den dumpfen Höfen, den gefährvollen Straßen enttrinnen, sollten sie aus dem Großstadtgetriebe herausgeführt werden, um sich in frischer Waldesluft zu erholen. Die Kinder der Besitzenden machen Ferienreisen ins Gebirge, ans Meer, sie leben und weben wochenlang in herrlichen Gegenden. Für die Proletarierjugend ist es schon ein Glück, wenn ihr bescheidene Ferienaussflüge geboten werden. Und wie not tun solche Veranstaltungen, wenn sie die Schönheiten der Natur schauen, sich in frischer, reiner Luft bei Spiel und unter liebevoller Aufsicht tummeln soll? Müßen sie doch den vielen Schädigungen entgegenwirken, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung schon für die Kinder der Armen und Ausgebeuteten mit sich bringt. 80 Genossinnen stellten sich für die Ferienpaizergänge der Kommission in dankenswerter Weise zur Verfügung. Der Erfolg der Veranstaltung übertraf alle Erwartungen. Die Beteiligung der Kinder — sie wurden im Alter von drei Jahren ab angenommen — steigerte sich von Ausflug zu Ausflug. Am ersten Tag führten wir nur gegen 200 Kinder ins Freie, gegen Ende der Ferien beteiligten sich über 1100 an den Spaziergängen. Im Durchschnitt kamen auf den Ausflug 870 Kinder, trotzdem der Wettergott manchmal ein recht trübes Gesicht zeigte. Montags und Donnerstags jeder Ferienwoche ging es in drei Gruppen unter Gesang — eine Gruppe fogor unter den Klängen einer Knabenkapelle — von den Sammelplätzen hinaus in den Wald, nach dem uns bereitwilligt überlassenen Spielplatz der freien Turnerschaft. Dort tummelte sich die Jugend nach Herzenslust unter der Aufsicht der Genossinnen, die selbst wieder jung wurden. Eine Partie Knaben spielte Faust- und Fußball, wieder andere ergöhten sich an den Spielgeräten der freien Turnerschaft und an allerlei sonstigen Spielen. Während ein Teil der Genossinnen mit den Kindern spielte, bereitete der andere das Vesper, das aus einem Butter- oder Marmeladebrot bestand, dazu konnte abwechslungsweise Milch, Tee, Kaffee und Limonade gereicht werden. Wie es den Kleinen mundelet! Einige Geschäftsleute und Freunde unserer Sache übermittelten der Kommission Kleidungsstücke, Hüte, Mützen, Schuhe usw. Dadurch wurde es uns möglich, die Armsten vollständig unzulieiden, denen man schon auf den ersten Blick ansah, daß Not und Entbehrung hart auf ihnen lasteten. Der Jubel der also Bedachten war rührend. Die Geldmittel der Kommission waren anfangs ziemlich knapp, aber als sich rasch die Sympathie für unser Unternehmen steigerte, flossen uns die Beträge von Gewerkschaften, Sportvereinen und Privatn verhältnismäßig reichlich zu. Am Ende der zehn Ausflüge blieb uns noch ein kleiner Fonds für das Jahr 1914. Es ist das um so erfreulicher, als wir im laufenden Jahre von Anfang an zweifellos mit einer größeren Teilnehmerzahl rechnen müssen. Bemerkenswert sei, daß die Ausflüge ohne ernstere Unfälle verliefen. Es ist das zweifellos der Ansicht der aufsichtführenden Genossinnen zu verdanken, die ihre schwierige Aufgabe trotz mancher Unannehmlichkeiten — und nicht nur seitens der teilnehmenden Kinder — bis zum Schluß in gewissenhafter Weise erfüllten. Manche Kinder wären wohl ohne diese Ausflüge während der Ferienzeit nicht hinaus in den Wald und zu munterem Spiele gekommen. Am letzten Ausflugstag konnte man merken, wie lieb unsere Veranstaltungen den Kindern geworden waren. Viele wollten gar nicht glauben, daß es nun für dieses Jahr mit den schönen Nachmittagen vorbei sein solle. Die Genossinnen verabschiedeten sich von den Kindern mit der Ermahnung, eifrig zu lernen und dem Wunsche auf ein frohes Wiedersehen. Die Ausflüge haben deutlich bewiesen, daß sie einem Bedürfnis der Kinder und Eltern entsprechen. Die zunehmende Teuerung erschwert den Daseinskampf immer mehr und zwingt viele Mütter zu einer Erwerbstätigkeit, die es ihnen verwehrt, die Kinder zu betreuen. Es wächst die Zahl der Kleinen, die allen bösen Einflüssen der Straße preisgegeben sind und nichts von einer goldenen Jugendzeit erfahren. Wir möchten deshalb mit dem Danke für alle, die unsere Ferienaussflüge in irgend einer Weise unterstützt und gefördert haben, den Wunsch verbinden, daß diese Veranstaltungen in der kommenden Ferienzeit die tatkräftigste Sympathie finden mögen. Die Kinder sollen so wenig als möglich unter dem Widerfinn der heutigen „göttlichen“ Weltordnung und unter den Sünden der Brotverteurer leiden. Wir wollen unseren Nachwuchs, der unsere großen Ziele verwirklichen soll, mit Verständnis schützen und kräftigen. **kl.**

Politische Rundschau.

In diesen Tagen, wo der Sturm auf die Duppeler Schanzen sich zum fünfzigsten Male jährt, ist die deutsche Bourgeoisie merkwürdig still, obgleich sie doch sonst keineswegs zimperlich ist im Feiern kriegerischer Jubiläen. Was preßt ihr wohl die schreiefröhe Kechle zusammen? Die melancholische Tatsache, daß der siegreiche dänische Feldzug von 1864 den Anfang jener Kette betäubender politischer Niederlagen ihrer Klasse bedeutet, die ihr von der absolutistisch-feudalen Reaktion unter Bismarcks Führung beigebracht worden sind. Der Regierungsantritt Wilhelms I. und die Häupter seines neuen Ministeriums waren von einem liberalen Schimmer umglänzt. Das genügte dem allzeit hoffnungseligen Fortschritt. Er wiegte sich alsbald in der naiven Einbildung, die politische Macht werde den Liberalen gnädigt von oben beschenkt werden, ohne daß sie selbst auch nur einen Finger zu rühren brauchen. Jedoch dieser schöne Traum gerrann: die preußische Krone und die Junker zeigten nicht die mindeste Lust, aus purer Gutmütigkeit ihre Herrschaft mit der Bourgeoisie zu teilen. Die politische Macht mußte erkämpft, mußte erobert werden. Es kam die Konfliktzeit, der Kampf gegen den preußischen Militarismus. Siegen konnte in ihm die Bourgeoisie nur, wenn sie die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu rücksichtslosem Kampfe entfesselt hätte. Jedoch der bloße Gedanke an das Medusengesicht einer revolutionären Erhebung des Proletariats jagte der Bourgeoisie tödliche Erstarrung in die Glieder. Sie fühlte den Kampf nur mit halbem Herzen und mit halber Kraft. Statt sich an die Spitze der gärenden Massen zu stellen, das Kampffeld möglichst auszudehnen, schränkte sie dieses von vornherein auf den engen parlamentarischen Bezirk ein, dem sie eine fettschafte Zaubermaht andichtete. Aber obgleich das Parlament für bürgerliche Massen ein unergleichlich günstigerer Kampfboden ist als für die Arbeiterklasse, übten die Herren Liberalen auch hier weise Beschränkung. Nicht etwa im Reden — wenn viele und starke Worte eine politische Machtstellung in Trümmer legen könnten, so hätte damals die Macht der Krone und der Junker unbedingt in Scherben gehen müssen —, wohl aber in lebendigen Taten. So kam, was kommen mußte: die Niederlage. Der Dänische Krieg von 1864 bewies der von hohlen Phrasen berauschten Bourgeoisie, daß die Mauern der Hohenzollernndynastie und der Junker vor ihren Besaunenstößen keineswegs umgefallen waren. Sie standen fester denn je.

An jene Zeit vor fünfzig Jahren wird man lebhaft erinnert, wenn man jetzt die schwellenden Hoffnungen betrachtet, mit denen das heutige Bürgertum den Regierungsantritt des Herrn v. Loebell als preußischer Minister des Innern begrüßt. Herr v. Loebell soll der Bourgeoisie die preußische Wahlrechtsreform nach ihrem Herzen auf dem Präsentierteller entgegenbringen, er soll ihr ein noch so winziges Stückchen Macht in Preußen schenken, einen kleinen Brocken von dem ledernen Kuchen, mit dem sich der Junker die Waden stopft. Die liberale Presse stellt mit tiefbohrendem Scharfsinn, mit verzehrendem Eifer die Zeichen und Merkmale dafür zusammen, daß ausgerechnet Herr v. Loebell zu dieser Mission berufen ist. Gewiß, sie kann es nicht leugnen, daß Herr v. Loebell einst ein ausgemachter Reaktionär und Scharfmacher war; die Zuchthausvorlage von 1899 fand in ihm den fanatischsten Anwalt. Aber, so raunt die liberale Presse, der Mann hat sich entwickelt. Er war in der Modära Bülow's rechte Hand, fogusagen der Impresario, der Geschäftsführer der liberal-konservativen Paarung. Mit seinem Herrn und Meister Bülow teilt er den Glanz einer sagenhaften Neigung zu parlamentarischer Regierungsweise. Mit Bülow's Sturz zog er sich dauernd aus dem politischen Leben zurück. Schließlich erhielt Herr v. Loebell die letzten Weihen als Jünger des Liberalismus in dem Allerheiligsten der Hochfinanz und der großen Industrie selbst. Nach seinem Rückzug aus dem politischen Feld wurde er nämlich Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank und kam von dort aus in eine Reihe anderer Aufsichtsratsstellen. So wären also alle Vorbedingungen erfüllt, damit der neue Mann sein liberales Völklein nach langer Wüstenwanderung in das Land der Verheißung führe, wo die frischen Quellen der politischen Macht sprudeln und die großen Trauben im Sonnenglanz der Regierung reifen.

Was kann man zu solchen Phantastien sagen als: Nichts gelernt und alles vergessen! Selbst das ist vergessen, daß ein mit den kapitalistischen Wässern gewaschener Junker ein sehr viel gefährlicherer, weil verständnisvollerer Gegner ist als der ungeleckte Krautjunker in sporenklirrenden Reistiefeln. Der Bismarck, der die Bourgeoisie unter seine Fäuste zwang, war nicht der hinterpommersche Junker der Vereinigten Landtage, sondern der preu-

hische Bundesgesandte und verständnisvolle Bögling der Bankiers zu Frankfurt am Main. Nun ist Herr v. Loebell sicherlich kein Bismarck, aber eines Bismarck bedarf es in den heutigen Zeitläuften auch nicht mehr, um unsere gemästete Bourgeoisie zu fixieren.

Für die kämpfende Arbeiterklasse birgt diese Episode wichtige Lehren. Zeigt sie ihr doch handgreiflich, wie es mit dem Willen des Liberalismus zum Kampfe um das preussische Wahlrecht steht, diese wichtigste innerpolitische Frage Deutschlands. Die liberale Bourgeoisie hat zwar in den letzten fünfzig Jahren wirtschaftlich einen schwindelnd raschen Aufstieg gemacht, aber ihr politisches Machtbedürfnis ist nur immer bescheidener geworden. Der Gedanke des Kampfes gegen die Junkerherrschaft ist ihr nur noch eine Jugendejerei von Anno dazumal. Das macht: das deutsche Proletariat, früher ein schlankes Wämmchen, ist heute zu einem starken Walbesriesen gediehen — zu einer organisierten Macht, wie sie in aller bisherigen Geschichte unerhört ist. Und diese Macht muß ihre Spitze unvermeidlich gegen die bürgerliche Ordnung kehren. Das ist der Geschichte Gebot. Die Bourgeoisie aber würde sich lieber die Hände abhacken, als der „roten Flut“ die Schleusen öffnen. Also um Himmelswillen keinen ernsthaften Kampf um das preussische Wahlrecht! So ist in diesem Kampfe die Arbeiterklasse ganz und gar auf ihre eigene Kraft angewiesen. Diese Kraft ist wahrlich groß genug, ja unbezweifelhaft, wenn sie sich energisch und früh einsetzt. Die Not der Zeit, der Vormarsch der Reaktion auf der ganzen Linie, ruft der Arbeiterklasse gebieterisch zu: Gedulde zu kämpfen!

Was vom Zentrum heute zu erwarten ist, zeigt zur Genüge eine Äußerung der „Kölnischen Volkszeitung“ zur Wahlrechtsfrage. Den Hauptnachdruck, heißt es da, lege das Zentrum bei der preussischen Wahlrechtsreform auf die „Berücksichtigung des Mittelstandes in Stadt und Land“, also der Handwerker, Gewerbetreibenden und Bauern. Man sieht, aus welcher Richtung hier der Wind pfeift. Von den Arbeitern, die das Dreiklassenwahlrecht am schönsten um ihre Ansprüche preßt, ist mit keiner Silbe die Rede.

Die Parlamentsmühlen sind wieder in Gang. Reichstag und preussischer Landtag haben sich neuerlich für einige Wochen an die Arbeit gemacht. Dem Reichstag ist gleich wieder vom preussischen Kriegsministerium gezeigt worden, was die Stunde geschlagen hat. Das Kriegsministerium hatte sich Grundstücke und Gebäude in der teuersten Gegend von Berlin zugelegt, ohne sich im geringsten um das Budgetrecht des Reichstags zu kümmern. So sollte für das Militärkabinett eine standesgemäße Wohnung geschaffen werden. Das war selbst unserem lammströmigen Reichstag über die Hautschnur gegangen. Er hatte die Sache dem Reichsschatzamt überwiesen. Unsere Militärverwaltung ließ sich dadurch nicht imponieren. Der Posten ist jetzt dem Reichstag wieder im Etat vorgelegt worden, als wäre nichts geschehen. Das Militärkabinett wünscht Prachtgebäude, und der preussische Kriegsminister, harmlos lächelnd, findet es selbstverständlich, daß der Reichstag Order pariert. Nach Zobern ist diese Selbstverständlichkeit leider nur zu selbstverständlich.

Die evangelisch-sozialen Kongresse sind nie mehr gewesen als Glanzstücke der christlichen Phrasen und schlagende Beweise jämmerlicher Ohnmacht. Die fünfundzwanzigste Tagung, die kürzlich in Nürnberg stattfand, fügte diesem Bild etliche reaktionäre Züge hinzu. Das Referat des Ethnologen und Imperialisten Rohrbach über die Eingeborenenfrage in „unseren“ Kolonien hätte ebensogut der jetzige Reichspensionär Karl Peters halten können. Diese Frage und mit ihr die Rolle unserer Kolonialpolitik als „Kulturträgerin“ ist durch eine jüngst bekannte gemordete Äußerung des früheren Schutztruppenkommandeurs in Ostafrika recht scharf beleuchtet worden. Oberst v. Schleinitz gab seinen Offizieren die schneidige Instruktion: „Wenn Sie nicht binnen Jahresfrist einen Aufstand in Ihrem Bezirk haben, kann ich nicht mit Ihnen kapitulieren.“ Der Zweck der Übung ist klar. Der Herr Oberst brauchte den Aufstand zur hinreichenden „Begründung“ für die von ihm heiß ersehnte Verstärkung der Schutztruppe.

Die alte und immer noch ungelöste Frage der medlenburgischen Verfassung kam durch eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstag wieder einmal aufs Tapet. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die Interpellation für Mecklenburg verlangte, war den Liberalen zu „weitgehend“, und das Zentrum lehnte eine Initiative des Reichstags an der Schwelle ab. So ist wieder einmal das nächste „positive“ Ergebnis nichts als ein schmuddes stenographisches Protokoll. Auch diese Tatsache sollte die Entrechteten aufrütteln und zum Kampfe sammeln.

In Bayern haben die Granden der Ersten Kammer, die den hochtönenden Namen Reichsrat führt, die von der Regierung vorgeschlagene Arbeitslosenversicherung trotz aller Anstrengungen des

Ministeriums Hertling glatt abgelehnt. Eifrige Prinzen vom Hause Wittelsbach wirkten dabei mit. Angesichts der jüngsten Erhöhung der Zivilliste für den König, der Apanagen für Prinzen und Prinzessinnen ist die Ablehnung besonders bezeichnend, muß sie aber auch dem Ministerium besonders fatal sein. Begreiflich ist übrigens, daß den Arbeitslosen im Reichsrat die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung nicht einleuchtet. Sie können es auch ohne diese Hilfe aushalten.

Die Hauptwahlen zum Parlament in Frankreich zeigen eine scharfe Scheidung der Geister nach den Extremen Links und Rechts. Es hat sich die bürgerliche Rechte verstärkt, obwohl die bürgerlich Radikalen in der Wahlkampagne ihr schönes radikales Programm mehr oder weniger in der Tasche stecken ließen. Die Sozialdemokratie hat einen glänzenden Stimmengewinn zu verzeichnen. Im Seine-Departement allein hat sie 55 000, in ganz Frankreich etwa 280 000 Stimmen gewonnen, und dies ohne Zuwachs an Wahlberechtigten.

Wie die französischen, so waren auch die schwedischen Wahlen von der Frage des Militarismus beherrscht, und sie hatten in den Grundzügen dasselbe Ergebnis: Konservative und Sozialdemokratie entzogen der liberalen Mitte Wählerstimmen und Sitze. Verglichen mit den Wahlen von 1911 gewannen die Konservativen 97 629 Stimmen und 32 Sitze, die Sozialdemokraten 56 980 Stimmen und 9 Sitze. Die Liberalen blieben dagegen mit dem minimalen Stimmengewinn von 2245 stehen, gingen also verhältnismäßig zurück, und büßten 31 Sitze ein. Abgesehen von dem Gegensatz zwischen dem liberalen und dem konservativen Militärprogramm von vornherein sehr bescheiden. Er drehte sich um 1½ Monate Übungszeit, die Einrichtung von Rekrutenschulen und einen Unterschied in der Finanzlast von 15 Prozent. Obwohl die liberale Partei gegen das Liebeswerben der Konservativen noch spröde tut und sich schamhaft zielt, ist also wohl abzusehen, daß Hans und Greta sich am Ende der Geschichte doch kriegen werden. In einem Leitartikel empfiehlt ausgerechnet das „linksstehende“ „Berliner Tageblatt“ seinen schwedischen Freunden, sich schleunigst wieder mit den Konservativen zu vertragen, einen einträglichen, imperialistischen Kuhhandel abzuschließen. Nach dem Grundsatz: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Der Rat mit seinem Drum und Dran ist politisch ebenso dumm als gemein.

In England hat die feige Unentschlossenheit und Zerfahrenheit der liberalen Regierung in Sachen Ulster den konservativen Gegnern natürlich das reaktionäre Rückgeat gestärkt. Am 25. April landeten die Ulsterleute eine Menge Gewehre und Munition und wußten dabei den offiziellen Regierungsapparat völlig lahmzulegen. Und was antwortete die Regierung? Sie hat den konservativen neue Vergleichsvorschläge gemacht und sie auf den Knien angefleht, ihr die Hand zum Frieden zu reichen. Dieses Pudels Kern ist, daß das Offizierkorps nicht ihr, sondern den konservativen gehorcht. Sie muß das Beste gewärtigen. Wenn sie es aufs Biegen oder Brechen ankommen läßt, kann der ganze Mechanismus der Regierungsgewalt, der schon in seinen Grundlagern erschüttert ist, mit einem lauten Krach zusammenbrechen.

Das zehnjährige Jubiläum des engeren politischen Zusammenwirkens von Frankreich, Rußland und England, der sogenannten Tripelente, ist durch den Besuch des englischen Königs in Paris gefeiert worden. Bei dieser Gelegenheit schwelgte die bürgerliche Presse diesseits und jenseits des englischen Kanals in den hochtrabendsten Veteuerungen der „friedlichen Absichten“ dieses Zusammengehens. Selbstverständlich leere Redensarten. Nach glaubhaften russischen Quellen wurde über ein engeres militärisches und politisches Zusammenwirken dieser Mächte verhandelt.

In Portugiesisch-Kongo ist ein großer Kolonialaufstand ausgebrochen. Die portugiesischen Truppen sind bis jetzt von den „Rebellen“ jedesmal geschlagen worden. Portugal wird also einen opferreichen Kolonialkrieg zu führen haben.

Der chinesische Verfassungskongress hat die neue Konstitution nun formell angenommen. Wie nicht anders zu erwarten war, legt sie die Diktatur des Präsidenten Kuanschikai rechtlich fest und verbrämt sie dürtig mit konstitutionellen Floskeln. Die neue Verfassung sieht eine einfache gesetzgebende Kammer vor, deren Einberufung, Schluß, Vertagung usw. ganz und gar in die Hand des Präsidenten gegeben sind. Dieser verfügt über die Ernennung der Beamten und Offiziere, über Land- und Seestreitkräfte, also über alle realen Machtfaktoren.

Die jüngsten Gemeinde- und Kreiswahlen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben der Sozialdemokratie keine Vermehrung der Mandate, wohl aber ansehnlichen Stimmengewinn gebracht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die elende Komödie des „Zwischenfalls von Tampico“ benutzt, um Armee und Flotte dem offiziellen Wortlaut nach gegen den faktischen Präsidenten Huerta, in Wirklichkeit gegen die mexikanische Nation mobil zu machen. Der Hafen Veracruz an der Küste des Stillen Ozeans wurde besetzt, und die Amerikaner sammelten dort ein starkes Expeditionskorps. Die Gegner des jetzigen mexikanischen Präsidenten Huerta nehmen zu den Amerikanern noch eine zweideutige Stellung ein. Die drei südamerikanischen Republiken Argentinien, Brasilien und Chile haben in Washington und Mexiko ihre Vermittlung angeboten, die zu einem vorläufigen Waffenstillstand geführt hat. Beide feindlichen Mächte rüsten indes energisch weiter.

Angeichts der militaristischen Anstrengungen und der imperialistischen Gelüste der gesamten bürgerlichen Welt wirkte die Maifeier des internationalen Proletariats in den fünf Weltteilen — die fünfundzwanzigste! — als eine energische und anfeuernde Demonstration für den Völkerfrieden, als ein flammendes, wegweisendes Signal für den Kampf gegen Militarismus und Kapitalismus. Der Reichstag hat die Bedeutung der Maifeier unterstrichen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Sitzung des Parlamentes am 1. Mai ausfallen zu lassen. Er wurde von den Bürgerlichen niedergestimmt. Daß die Konservativen und ihre Anhängsel das tun würden, war vorauszu sehen. Aber mit ihnen Arm in Arm marschierten auch die liberalen Biedermänner aller Schattierungen. Ein Bild für Götter! Die „Amenweggen“ billigen jedem katholischen Heiligen einen parlamentarischen Feiertag zu, obgleich sie unter sich die kirchlichen Feste überlegen belächeln. Sie feiern gewissenhaft den Geburtstag von Monarchen. Sie versagten dem einzigen Feiertag Rücksicht, den das arbeitende Volk sich in hohem Erkenntnis und freiem Willen gesetzt hat. Wir bedauern das nicht etwa, aber wir nageln das fest. Der Beschluß ist ein Symbol des unversöhnlichen Gegensatzes, der die Welt der Besthenden und das Proletariat scheidet. A. Th.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nichts ist leichter zu widerlegen als die Phrase vom Staate, der „über den Parteien steht“. Solange es Klassen, herrschende und beherrschte, gibt und geben wird, ist der Staat nichts anderes als die gewaltvoll verbrämte Machtorganisation der herrschenden Klassen. Das Recht und die Moral unseres bürgerlichen Staates ist daher Recht und Moral mit doppelter Buchführung. Was dem Kapitalisten erlaubt ist, ist dem Proletarier verboten. Deutlich wird das durch die Stellungnahme des Staates zur Koalitionsfreiheit bewiesen. Mit der scheinheiligen Miene sittlicher Entrüstung konstruieren die Behörden und die parlamentarischen Vertreter des Besitzes einen Terrorismus, eine Erpressung, einen Koalitionszwang der Arbeiter, um einen Vorwand zu finden, sie der Koalitionsfreiheit zu berauben. Aber der offenbare Koalitionszwang der Unternehmer gegen ihre Massengenossen ist in den Augen dieser Herrschaffen eine völlig legale Handlung; der Staat breitet schützend seine gepanzerte Faust darüber, ja er gebietet unter Umständen direkt diesen „Terrorismus“.

Ein Beispiel: Die Berliner Mineralwasserfabrikanten hatten einen für uns belanglosen Streit; einige waren wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung angeklagt. Vor dem Landgericht kam ein Vergleich zustande, der in seiner Art sehr bezeichnend ist. Preussische Richter — merke! — fällen folgendes Urteil: Die Angeklagten haben an den Unternehmerverband 200 Mk. Buße zu zahlen. Sie haben sich zu verpflichten, ihre Wagen und ihre Betriebe durch Kontrolleure des Verbandes einer Durchsicht unterziehen zu lassen, bei einer Strafe von 30 Mk. für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung. Und die Hauptsache! Das Gericht legte den Angeklagten die Verpflichtung auf, innerhalb einer bestimmten Frist dem Unternehmerverband beizutreten, bei einer Konventionalstrafe von 300 Mk. Gälte im kapitalistischen Klassenstaat nicht zweierlei Recht, wäre es dann nicht selbstverständlich, daß die gleichen Richter auch einen Arbeiter unter Androhung einer Strafe zum Eintritt in eine gewerkschaftliche Organisation verpflichten müßten? Auch hier handelt es sich um die gleiche Wahrnehmung von Berufs- und Klasseninteressen. Die organisierten Mineralwasserfabrikanten sollen vor unsozialer Konkurrenz geschützt werden. Haben etwa die gewerkschaftlich organisierten Proletarier nicht den gleichen Anspruch darauf, gegen die Schmutzkonkurrenz der unorganisierten Tarif- oder Streikbrecher aufs nachdrücklichste geschützt zu werden? Aber wehe der Gewerkschaft, die sich das vom Gericht geheiligte Verfahren des Unternehmerverbandes zu eigen machen wollte! Es würde Strafen regnen.

Man muß es dem Berliner Polizeihauptling lassen, daß er sehr erfindereich ist, wo es gelten soll, die Einrichtungen der freien Gewerkschaften zu politischen Institutionen umzubilden. Immer neue, wunderliche und geschmacklose Einfälle bewegen das gedankenreiche Haupt des Dr. jur. v. Jagow. Neulich beschäftigte sich ein Berliner Gericht mit der tief sinnigen Frage, ob die fachtechnische Zeitschrift einer Gewerkschaft eine politische Zeitung sei. Von der fachtechnischen Zeitschrift des Schneiderverbandes waren der Polizei keine Belegexemplare mehr zugegangen. Der Verleger der Zeitschrift erklärte einem Abgesandten des Polizeipräsidenten, daß das auch für die Zukunft nicht mehr geschehen werde. Nach den Bestimmungen des Preßgesetzes bestehe diese Verpflichtung nicht für Zeitschriften, die den Interessen der Wissenschaft, Kunst, Industrie und des Gewerbes dienen. Prompt erfolgte ein Strafmandat über 20 Mk. Dagegen wurde gerichtliche Entscheidung angerufen. Vor dem Tribunal kamen einige Aufsätze aus der Zeitschrift zur Verlesung, unter anderem einer über den „modernen Salko für einen Diabbauch“. Mit dem sinnreichen Einfall des Ritters Jagow war es also wieder nichts. Die Zeitschrift wurde für unpolitisch erklärt und das Strafmandat aufgehoben.

Die bürgerlichen Handlungsgehilfenvereine haben in der Aktion zur Eringung der Sonntagsruhe auf der ganzen Linie versagt. Wie nicht anders zu erwarten war! Die Verhandlungen im Reichstag über die Sonntagsruhe im Handwerksberufe waren im Sande verlaufen. Da stellte der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen an die in Betracht kommenden großen bürgerlichen Verbände das Ansuchen, auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe die Forderungen der Angestellten durchzusetzen. Nach seinem Vorschlag sollten die Mitglieder der Organisationen bei den Unternehmern vorstellig werden und von einem zu bestimmenden Zeitpunkt ab weitere Sonntagsarbeit rundweg verweigern. Ferner sollte jede Vermittlung von Stellen mit Sonntagsarbeit durch die Organisationen aufgehört. Die bürgerlichen Verbände aber betätigten wieder einmal ihren schönen Drang nach Harmonie mit dem Unternehmertum. Sie lehnten die Vorschläge ab und brachten so die ganze Aktion zum Scheitern. Die Leitung dieser Verbände bezeichnete das Programm des Zentralverbandes als „Agitationsmache“. Man darf einigermaßen neugierig darauf sein, wie sich die Mitglieder der Verbände selbst zu der Weisheit ihrer Vorstände verhalten, zu einem Beschluß, der ihre wichtigsten beruflichen Interessen an den Profit der Kapitalisten schmählich verraten hat. Tatsächlich hatte sich ja auch unter den bürgerlich organisierten Handlungsgehilfen ein Sturm der Entrüstung erhoben über die Behandlung der Sonntagsruhe durch die bürgerlichen Parlamentarier im Reichstag. Über kurz oder lang werden sie erkennen, erkennen müssen, daß das freundschaftliche Verhältnis des Angestellten zum Chef stets nur dem Kapitalisten und nie und niemals dem Angestellten zum Vorteil ausschlägt.

Entkleidet von allen heuchlerischen Redensarten, in nackter Brutalität erscheint der Kapitalismus überall dort im Wirtschaftsleben, wo die Ausbeutung des weiblichen Geschlechts den Profit mehren soll. Nach einer offiziellen Statistik wurden im Jahre 1913 in der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie beinahe 13 000 Frauen und Mädchen beschäftigt, und zwar nicht nur im Steinkohlen- und Eisenerzbau, sondern auch in den gesundheitsgefährlichen Blei-, Silber- und Zinkhütten. Für diese, den weiblichen Organismus schwer schädigende Arbeit werden geradezu skandalöse Löhne gezahlt. Das Jahreseinkommen der Arbeiterinnen schwankt zwischen 321 und 442 Mk., beträgt also wöchentlich etwa 6 bis 8½ Mk. Es ist der Gipfel der Schamlosigkeit, wenn die bürgerliche Tagespresse anerkennt, daß die Not die geplagten Proletarierinnen zum Erwerb zwingt, und wenn sie dann seelenruhig fortfährt, diese seien mit ihren Löhnen zufrieden. Man vergegenwärtige sich das Los der ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeiterinnen. In Lumpen gehüllt, mit Kohlenstaub bedeckt, die Hände schwielig und rissig durch das Scharrieren mit dem Förderwagen, mit Hacke und Schaufel in den Bergwerken, mit Zange und Streckhammer in den Hütten und Walzwerken, die Gesichtshaut und die Haare verengt durch die Glut der Ofen: so verlassen sie täglich barfuß die Arbeitsstelle. Angeichts dieser namenlosen Leiden wird jedes Wort von deutscher Kultur zu blutigem Hohn. Ein einziges fortgeschrittenes Verbrechen am Weibe, am menschlichen Geschlecht — das ist der kapitalistische Ruhm unserer Tage.

In den Rohglaschleifereien der Oberpfalz kam es zu Differenzen, die zur Androhung einer Aussperrung führten. Die Unternehmer wollten bei Ablauf des bestehenden Tarifs

feinerlei Verbesserungen gewähren. Wir haben an anderer Stelle ausführlich dargestellt, wie verbesserungsbedürftig die Verhältnisse dieser Arbeiterschaft sind. Durch Vermittlung des Einigungsamts der Stadt Fürth haben die Unternehmer die Aussperrungsandrohung zurückgezogen. Verhandlungen sollen demnächst stattfinden. — Ein Streik der Berliner Kraftdroschkenführer blieb nur auf einige Betriebe beschränkt. Es sollten die bestehenden Unterschiede in der Entlohnung ausgeglichen werden, wie sie bei den kleinen Unternehmern und bei den großen üblich sind. Das Berliner Einigungsamt griff auch hier ein und brachte die Parteien zu einem Vergleich. Eine Kommission soll einen Tarifvertrag ausarbeiten, der die unterschiedliche Entlohnung aufhebt. — Die Aussperrung der Pfasterer in Rheinfelden-Wesfalen fiel völlig ins Wasser. Die Christlichen wollten einmal wieder auf ihre Weise Arbeiterinteressen vertreten und bemühten sich um den Abschluß eines Kondertarifs, der wesentliche Verschlechterungen enthielt. Aber sie mußten mit langer Nase abziehen. Dem Steinfederverband gelang es, den verschiedensten christlichen Tarif beiseite zu schieben und mit den Unternehmern annehmbare Löhne zu vereinbaren.

Sein 25jähriges Jubiläum konnte der Sattlerverband im April begehen, zu dessen Gründern Genosse Auer gehört hat. Eine kleine Feiertschrift und die besondere Ausgestaltung einer Nummer des Fachorgans feierten diesen Tag. Die Organisation zählt heute 150 000 Mitglieder, eine stattliche Zahl im Verhältnis zum Umfang des Berufs. Mit Genugtuung kann der Verband auf seine 25jährige Tätigkeit zurückblicken; er hat in Reich und Glied mit den übrigen Organisationen wader für die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Berufsgenossen gekämpft. #

Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1913. Der wirtschaftliche Kampf der Textilarbeiter hat im Jahre 1913 erheblich unter der heftigen Krise gelitten, von der die Textilindustrie ganz besonders stark getroffen wurde. War 1912 in verschiedenen Branchen eine leichte Besserung eingetreten, so brachte das Jahr 1913 nichts als Rückschläge. Mit Ausnahme der Juteindustrie und der Wirkerei war wohl keine einzige Branche, die nicht über mangelhafte Beschäftigung zu klagen gehabt hätte. Die Arbeitslosenziffern stiegen von Monat zu Monat reißend schnell. Bis zur Mitte des Jahres ging die Mitgliederziffer aufwärts und die Arbeitslosenziffer fiel absolut wie relativ. Es wirkte also noch der leichte Aufschwung nach, den die Konjunktur 1912 in verschiedenen Branchen genommen hatte. Mit Beginn des zweiten Halbjahrs setzte aber ein völliger Wandel ein: die Mitgliederziffern fallen und die Arbeitslosenziffern steigen. Trotz alledem ist die Mitgliederzahl 1913 etwas gestiegen. 1912 umschloß der Textilarbeiterverband 140 214 Arbeiter und Arbeiterinnen, 1913 aber 141 484. Freilich ist die Arbeitslosenziffer weit beträchtlicher gestiegen. Am Schlusse des Jahres war die Rezordziffer der Arbeitslosen mit 2,49 vom Hundert der Organisierten erreicht. Für das ganze Jahr war im Durchschnitt die Arbeitslosenziffer mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. In der Textilindustrie ist ein Prozentsatz von 2,49 arbeitsloser Organisierter ein geradezu unheimlich hoher. Ehe die Textilindustriellen zu Entlassungen schreiten, versuchen sie es mit allen anderen Mitteln der Produktions Einschränkung. Die Arbeitszeit wird ganz erheblich verkürzt, oft bis zu drei Tagen in der Woche, es muß tage- und wochenlang ausgehakt werden, die Arbeiter erhalten weniger Maschinen zur Bedienung usw. Die Textilmagnaten wissen sehr genau, daß es fast unmöglich ist, Textilarbeiter zurückzugewinnen, die in andere Industrien abgewandert sind. In Zeiten guten Geschäftsganges fehlen dann oft genug geübte Arbeitskräfte.

Das Jahr 1912 hat der Organisation in 706 Betrieben 326 Bewegungen mit 73 896 Beteiligten gebracht, 1913 gab es hingegen nur 187 Bewegungen. Die Zahl der von ihnen erfaßten Betriebe und der beteiligten Personen war jedoch 1913 bedeutender als im Vorjahr. 1913 waren an den Bewegungen in 783 Betrieben insgesamt 84 255 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Während man 1912 77 Streiks und Aussperrungen mit 18 244 Beteiligten gezählt hat, waren es im Berichtsjahr 44 Streiks und Aussperrungen mit 38 151 Personen. Also fast die Hälfte weniger Streiks und Aussperrungen als im Vorjahr, aber mehr als doppelt so viel Beteiligte. Von ganz besonderer Bedeutung war der Kampf der Färber in Arefeld, nicht nur wegen seinem Umfang — er hatte 2348 Personen erfaßt, von denen 2108 im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert waren —, sondern auch wegen der Haltung der christlichen Organisation, die die Interessen der Arbeiter ganz unheimlich schädigte. Es würde zu weit führen, den Verrat der Christen hier ausführlich zu schildern. Demnächst erscheint im Verlag des Deutschen Textilarbeiterverbandes eine Broschüre, die

den Arefelder Färberkampf in allen seinen Phasen schildern wird. Der Streik dauerte vier Monate und kostete rund 600 000 Mk. Das Berichtsjahr erbrachte insgesamt für 5885 (16 051) Beteiligte 7184 (49 700) Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche gleich 357 400 (2 488 000) Stunden im Jahre und für 22 144 (36 558) Beteiligte 25 741 (43 179) Mk. Lohnhöhung pro Woche gleich 1 287 050 (2 158 950) Mk. im Jahre. Die eingeklammerten Ziffern sind die entsprechenden Ergebnisse für das Vorjahr. Für 1900 Beteiligte wurden sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. — Die Ausgaben für Unterstützungen stellten sich wie folgt:

	1912	1913
Für Streikunterstützung . . .	708 066 Mk.	896 977 Mk.
• Maßregelungen . . .	48 276 "	91 050 "
• Rechtschutz . . .	11 024 "	11 602 "
• Reiseunterstützung . . .	41 426 "	54 626 "
• Unzugsunterstützung . . .	13 784 "	13 864 "
• Krankenunterstützung . . .	366 447 "	423 214 "
• Arbeitslosenunterstützung . . .	141 631 "	310 845 "
• Notunterstützung . . .	10 203 "	15 598 "
• Sterbeunterstützung . . .	17 221 "	17 645 "
In Summa	1 858 678 Mk.	1 835 421 Mk.

Der Gesamtbetrag der Unterstützungen ist um 449 743 Mk. gestiegen. Für Kampfwende wurden 231 685 Mk. mehr verausgabt als 1912, für die übrigen Unterstützungen 218 058 Mk. mehr. Die Arbeitslosenunterstützung ist um mehr als den doppelten Betrag angeschwollen. Dem Jahresbericht hat die herrschende Krise ganz unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich nach der jetzt vorliegenden Jahresabrechnung für 1913 als eine recht wirksame Stütze seiner Mitglieder erwiesen. Wie er ihnen bei ihrem Vorwärtsdrängen nach besseren Arbeitsbedingungen half, so brauchten ihn in diesem Jahre wirtschaftlichen Niederganges nur zu viele, um ihre nackte Existenz zu erhalten. Es ist ein überzeugender Beweis für die Bedeutung, den Kulturwert der Gewerkschaften, daß im Holzarbeiterverband die Proletarier aus eigener Kraft 5 1/2 Millionen Mark für Unterstützungszwecke zur Verfügung stellen konnten. Die von dieser Organisation im Jahre 1913 dafür ausbezahlten Beträge erreichten die Summe von 5 496 612 Mk., während 1912 „nur“ 3 676 180 Mk., also rund 2 Millionen weniger dafür verausgabt worden waren. Obenan unter den Ausgaben stehen die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung mit 2 430 825 Mk., die Krankenunterstützung mit 1 200 624 Mk. und die Streikunterstützung mit 1 459 281 Mk. 118 591 Mk. wurden an Gemahregelte, 133 644 Mk. an in Not geratene Mitglieder gezahlt.

Trotz der außerordentlich ungünstigen Konjunktur hat es der Verband auch noch vermocht, auf dem Gebiet der Lohnbewegungen anerkanntswerte Fortschritte zu erzielen. Infolge der Erneuerung der großen Tarifvertragsgruppe im Frühjahr 1913 war die Zahl der an solchen Bewegungen Beteiligten sogar noch größer als im Vorjahr, wurden doch 696 Bewegungen und 65 188 Beteiligte gezählt! Diese Lohnbewegungen brachten insgesamt für 68 695 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 1,3 Stunden und für 71 983 Personen eine Lohnhöhung von durchschnittlich 2,56 Mk. die Woche. Zur Erneuerung oder zum Neuabschluß kamen 282 Tarifverträge für 68 048 Personen, so daß zu Beginn des laufenden Jahres in der Holzindustrie unter den 1135 Tarifverträgen 149 123 Personen in 14 990 Betrieben arbeiteten.

Bei dem erheblichen Arbeitsmangel im Beruf war die Zahl der Beschäftigten gerade in den größten Branchen eine erheblich geringere als in den Vorjahren. In der Folge blieb naturgemäß der Zustrom an Mitgliedern zur Organisation gegen früher zurück und konnte den unvermeidlichen üblichen Abgang nicht mehr voll ausgleichen. Neu aufgenommen wurden nur 37 425 Personen gegen 51 370 im Jahre 1912. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes sank infolgedessen um 3785, sie beträgt jetzt 193 075 Mitglieder. In Anbetracht der Gesamtlage des Gewerbes ist dieser zeitweilige Verlust recht unbedeutend. Für uns besonders erfreulich aber ist, daß trotzdem eine Zunahme der weiblichen Mitglieder erzielt wurde. Ihre Zahl stieg von 7193 auf 7470. Ebenso haben die jugendlichen Mitglieder etwas gewonnen, indem sie jetzt 1148 Köpfe oder 32 mehr als 1912 zählen. Die Abnahme der männlichen Mitglieder erstreckt sich hauptsächlich auf die Tischlerei und deren Hilfsgewerbe, dagegen weisen Bürstenmacher, Knopfmacher, Werftarbeiter und einige kleinere Branchen noch nennenswerte Gewinne auf. Von den weiblichen Mitgliedern arbeiten 1789 in der Bürsten- und Pinselabfabrikation, 806 in Klavier- bzw. Klavierfabrikation, 634 in Perlmutter- oder Steinmusknopffabriken, 261 in Stamm- und Haarschmuckfabriken, 284 in Vergoldereien, 239 in Drechtereien, 145 in

der Korbmacherei und 610 sind in der Möbelpoliererei beschäftigt. Von 2270 in „diversen“ Berufen Beschäftigten entfällt das Gros auf die Nürnberger Bleistiftindustrie.

Die Finanzgebarung des Verbandes hat sich als eine gesunde betätigt. Trotz der Ungunst der Verhältnisse und den außerordentlich gesteigerten Anforderungen an die Kassen des Verbandes konnte dem Kampffonds noch ein Betrag von 468615 M. zugeführt werden. An Beiträgen wurden insgesamt 7182782 M. vereinnahmt, an Zinsen aus angelegten Kapitalien 268979 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 7404017 M., wovon 2187515 M. den Zahlstellen gehörten. Dieser Bestand bietet in Verbindung mit der schon oft erprobten Solidarität der organisierten Holzarbeiter und -arbeiterinnen die Sicherheit, daß der Verband auch den weitestgehenden Anforderungen an seine Widerstandskraft gewachsen ist.

Die außerordentliche Unterstützungssaktion des Holzarbeiterverbandes in diesem Frühjahr hat bis zum 20. April die Summe von 73041 M. an freiwilligen Beiträgen zusammengebracht. Aus diesem Betrag und einem Zuschuß der Verbandsstimme wurden in den Monaten Februar und März an ausgesteuerte Arbeitslose die regulären Sätze der Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen über die statistische Zeit hinaus gezahlt. Sammlung und Unterstützung sind jetzt geschlossen, dürften aber inzwischen manchem vom Schicksal Verfolgten wesentlich geholfen haben. sk.

Dem **Verbandstag der Holzarbeiter**, der am 24. Mai in Dresden zusammentritt, liegen wichtige Verhandlungsgegenstände vor. Insgesamt sind bereits über 200 Anträge eingegangen. Für die Lohnbewegungen wird in Verfolg der schon bisher geübten Taktik des Verbandes gefordert, kleinere Orte und Branchen mit rückständigen Arbeitsbedingungen zu bevorzugen, um so einer möglichen Einheitlichkeit der Arbeitsverhältnisse vorzuarbeiten. Bei Tarifabschlüssen soll die Gewährung von Arbeiterferien gefordert werden. Ein Antrag erstrebt die Vereinigung der Gewerkschaften zu einem „Allgemeinen Arbeitnehmerbund“. Zu der Beitragsfrage tauchen die alten Wünsche auf Stoffelbeiträge wieder auf. Einem in mehreren Anträgen wiederkehrenden Verlangen nach Beitragsbefreiung oder -erleichterung für alte oder halbinvalide Mitglieder kommt der Vorstand mit einem Vorschlag entgegen. Danach sollen diesen nicht Kollektivfähigen bei Entrichtung eines geringeren Beitrags die erworbenen Rechte voll erhalten bleiben. Viele Anträge laufen auf Erhöhung der Unterstützungen hinaus. Gefordert wird unter anderem die Zusammenlegung der Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung mit längerer Bezugsdauer, von anderer Seite wieder die einfache Verlängerung oder Erhöhung der einzelnen Unterstützungsarten. Der Vorstand macht den Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung unter Belassung der bisherigen Tagesätze künftig 7 statt bisher 6 Wochen nacheinander zu gewähren und bei der Reiseunterstützung an Stelle der bisherigen Kilometerberechnung Tagesätze von 1 M. zu zahlen. Andere Anträge befassen sich mit den verschiedensten Gebieten der Verbandstätigkeit. So wird unter anderem die Schaffung eines Verbandsbeirats von 15 Personen gewünscht, der dem Vorstand zur Seite stehen soll, ferner die Wiedereinführung der vor zwei Jahren erst abgeschafften Sterbestafel in der Zeitung, die öftere Herausgabe illustrierter Flugblätter, um die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen usw. Besonders beachtlich scheint auch ein Antrag, der Hygiene in den Arbeitsräumen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Schließlich unterbreitet der Vorstand entsprechend dem Beschluß des letzten Verbandstages eine Vorlage über eine Unfallversicherung für die Verbandsfunktionäre. Eine Unterstützung kann danach den Funktionären gewährt werden, die bei der Ausübung der Verbandstätigkeit durch Unfall einen körperlichen Schaden erleiden. Die Unfallverletzten respektive ihre Angehörigen können aus den Mitteln der zu errichtenden Unterstützungskasse erhalten: Kranken- und Invalidenunterstützung, Witwenrente beim Tode eines verheirateten Funktionärs oder Sterbegeld beim Tode eines ledigen Funktionärs. Zur Beschaffung der notwendigen Mittel soll jede Zahlstelle des Verbandes zu Beginn jedes Jahres einen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied leisten. Die Hauptkasse des Verbandes steuert zur Gründung der Kasse die Summe von 10 000 M. bei. Das Krankengeld ist dabei so gedacht, daß es in der Hauptsache den Ausfall am Arbeitsverdienst deckt, die Witwenrente ist auf 300 bis 600 M. im Jahre vorgesehen.

Unter den vielen Wünschen, die dem Verbandstag vorliegen, sind naturgemäß immer auch solche, deren Erfüllung nicht oder wenigstens gegenwärtig noch nicht möglich ist. Ihre Formulierung hat jedoch das Gute, daß sie zeigen, in welcher Richtung sich das

Verlangen der Mitglieder bewegt. Der Verbandstag wird prüfen müssen, was sich von den Anträgen verwirklichen läßt. sk.

Diskussionsabende der freigewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen in München sind eine neue und nachahmenswerte Einrichtung der dortigen Verbandsfiliale. In den ständigen Diskussionsabenden sollen vor allem grundsätzliche Fragen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung erörtert werden. Bisher fanden drei Vorträge statt, die Genosse Thomas hielt, und zwar über: 1. „Die wissenschaftlichen Voraussetzungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung“, 2. „Die Frauenfrage als soziales und politisches Problem“, 3. „Die Frauenfrage als Kulturproblem“. In dem ersten Referat wurde die Angestelltenbewegung vom Standpunkt der materialistischen Gesellschaftswissenschaft aus behandelt. Zum zweiten Thema gab der Vortragende einen knappen geschichtlichen Überblick über die Stellung der Frau in den verschiedenen Wirtschaftsepochen, um dann an Hand eines reichen Materials zu zeigen, wie unter der Herrschaft des Kapitalismus die Frau immer mehr in das Erwerbsleben eintritt und welche sozialen und politischen Folgen sich an diesen Umschwung knüpfen. Im dritten Vortrag wurden die Schlussfolgerungen aus alledem ausführlich erörtert. Sie boten Stoff zu einer eingehenden und fruchtbaren Diskussion. Starke Interesse erweckte die Kennzeichnung der bürgerlichen Frauenbewegung, ihren besonderen geschichtlichen Voraussetzungen und Aufgaben entsprechend als bloßer bürgerlicher Reformbewegung, die ihre Spitze nur gegen die Vorrechte des Mannes lehrt, aber die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht antastet. Ebenso die Charakterisierung der proletarischen Frauenbewegung, deren Ziel gerade die Aufhebung dieser Ausbeutung der Arbeitenden ist, und die daher ihre Front mit der allgemeinen Arbeiterbewegung zusammen gegen den ausbeutenden Kapitalismus richtet. Die lebhafteste innere Anteilnahme fanden die Fragen der modernen Frauenbildung und Frauenerziehung und die vom Referenten aufgestellten Thesen über Ehe, Beruf, gemeinsame Arbeit von Frau und Mann in der Arbeiterbewegung ufm. Die anwesenden Handlungsgehilfen griffen eifrig in die Diskussion ein. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat mit dieser Einrichtung vor allem seinen weiblichen Mitgliedern einen großen Dienst geleistet. Der nächste Vortrag wird sich mit der Frauenfrage im Handelsgewerbe befassen. Möchte die Fortsetzung dieser Vorträge dem guten Anfang entsprechen. -aa.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Bürgerliche Krankenfürsorge für die Hausangestellten. Die Krankenversicherungspflicht der Hausangestellten hat sonderbare Erscheinungen hervorgerufen. Eine Anzahl von Hausfrauen, die sich wahrscheinlich noch nie um die Vorgänge des politischen Lebens gekümmert haben, petitionierte in „letzter Stunde“ an den Reichstag, er möge ein Notgesetz schaffen, das den Termin für den Beginn der Krankenversicherungspflicht hinauschieben sollte. Trotz der Unterstützung durch die konservative Fraktion hat dieses Verlangen glücklicherweise weder bei der Mehrheit des Reichstags noch bei der Regierung Gegenliebe gefunden. Die in der Petition und seither oft erhobene Klage verdient nicht vergessen zu werden, daß 1911 der Reichstag das Volk mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung gewissermaßen überrumpelt habe. Soweit dieser Vorwurf berechtigt ist, trifft er lediglich die bürgerlichen Parteien des Reichstags und die nämlichen Kreise, die ihn jetzt erheben. Die zweite und dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung entsprach wirklich nicht der Bedeutung der Sache und auch nicht der Würde des Parlamentes. Keine der bürgerlichen Parteien prüfte die Anträge der Sozialdemokratie, die den Regierungsentwurf, besonders auch in der Richtung größeren Mutter- und Säuglingsschutzes, verbessern wollte. Unsere Genossen durften ihre Anträge begründen, aber niemand von ihren Gegnern nahm sich die Mühe, sich mit den Forderungen zu beschäftigen. Wenn die Glocke zur Abstimmung rief, dann eilten alle bürgerlichen Abgeordneten in den Saal und stimmten, wie der Parteiführer es vornahm, ohne zu wissen, über was abgestimmt wurde. Niemand aus den Kreisen, die jetzt von Überrumpelung jammern, hat sich damals gegen diese Art parlamentarischer Behandlung wichtiger Fragen der Sozialpolitik und der allgemeinen Volkswohlfahrt gewendet. Wer teilnahmslos zur Seite gestanden hat, als die Sozialdemokratie leidenschaftlich um bessere Gestaltung der Reichsversicherungsordnung kämpfte, namentlich um den Ausbau der Krankenfürsorge für Frauen und Säuglinge, dem steht es jetzt schlecht an, darüber zu

klagen, daß die Krankenversicherung der Dienstboten voreilig und schlecht gestaltet worden wäre.

Verzweifelte Anstrengungen werden gemacht, um die Hausangestellten von den Krankenkassen fernzuhalten. Das Gesetz gibt zu solchem Tun leider Handhaben. Der Dienstgeber kann Befreiung seiner Dienstboten von dem Versicherungszwang verlangen, wenn er sich verpflichtet, im Krankheitsfalle die gleiche Unterstützung zu gewähren, wie die Krankenkasse sie auf Grund ihrer Satzungen leisten muß. Da aber nur wenige Herrschaften Lust haben, im Krankheitsfalle wirklich erhebliche Aufwendungen für die Hausangestellten zu machen, so beteiligen sie sich an privaten Versicherungseinrichtungen, die gegen eine geringe Prämie die Fürsorge für den erkrankten Dienstboten übernehmen. Es ist klar, daß die hierdurch bedingte Zerstückelung der Krankenversicherung weder für die Versicherung im ganzen günstig ist, noch für die von den allgemeinen Krankenkassen ferngehaltenen Dienenden. Von ganz besonderem Nachteil ist die Befreiung von der Kassenzugehörigkeit für die Dienstmädchen selbst. Sie bleiben in diesem Falle für das Maß der Krankenfürsorge auf die Einsicht und das Wohlwollen der Herrschaft angewiesen. Eine Hausangestellte, von der das gilt, muß vor dem Ausschuss des Arztes erst die Erlaubnis lassen, den diese ihr bezieht. Es liegt auf der Hand, daß sie nicht so gut daran ist wie eine Versicherte, die unter einer Reihe von Kassenärzten sich den wählen kann, zu dem sie Vertrauen hat. Das Bestreben, die Hausangestellten von der allgemeinen Krankenkasse fernzuhalten, beweist das Gegenteil von sozialpolitischer Einsicht und wirklicher Fürsorge für die Mädchen.

In verständnisvoller Gemeinschaft mit den „bedrückten“ Dienstgebern haben sich die Behörden bemüht, die Beiträge für die Dienstbotenversicherung möglichst gering zu halten. Die Ortslöhne, die bei den Landkrankenkassen die Grundlage für die Bemessung der Beiträge und des Krankengeldes bilden, sind bekanntlich allenthalben niedriger angesetzt, als der Wirklichkeit entspricht. Und in den Orten, wo die Dienstboten den allgemeinen Ortskrankenkassen angehören, ist auch für möglichst niedrige Festsetzung des Grundlohnes für die Bemessung der Beiträge gesorgt worden. Zu diesem Zwecke ist der Wert der freien Station, die einen wesentlichen Teil des Lohnes der Hausangestellten bildet, sehr niedrig festgesetzt worden. Diese Festsetzung erfolgt durch die Versicherungskämter. Was die sich in dieser Sache geleistet haben, ist hier und da geradezu ein Skandal. Mit 70, 80 Pfennig ist an manchen Orten die vollständige Beköstigung und Verberberung bewertet worden. Ein Satz von 1 Mk. erscheint in dieser Liste voll Willkür und toller Ungerechtigkeiten schon als ein hoher. In Frankfurt a. M. hat man sich sogar nicht scheut, den Satz von 1 Mk. 90 Pf., den der Magistrat bisher als den Tageswert der freien Station festgesetzt hatte, auf 1 Mk. 45 Pf. zu ermäßigen. In Frankfurt gibt es keine Landkrankenkasse, und so müssen die Dienstmädchen der Ortskrankenkasse angehören. Die herabgesetzte niedrige Berechnung der freien Station geschah daher zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Hausangestellten nicht in die dritte, sondern nur in die zweite Lohnklasse der Krankenkasse zu bringen. Begründet wird die unerhörte Maßnahme mit dem Interesse des Mittelstandes, dem nicht zu hohe Beitragslasten aufgebürdet werden dürften. Das ist natürlich die pure Ausrede. Der Satz von 1 Mk. 90 Pf. galt schon seit Jahren für die Krankenversicherung von Dienstmädchen bei Wärdern, Metzger, Wirten und anderen Gewerbetreibenden. Kein Mensch hat sich darüber aufgeregt und die Belastung dieser Angehörigen des Mittelstandes beklagt. Als aber neben den Dienstmädchen in gewerblichen Betrieben auch die rein häuslichen Dienstboten in die Versicherung eintreten mußten, da war den reichen Leuten die Beitragsleistung zu hoch. Der Magistrat kam ihren Wünschen schleunigst dadurch entgegen, daß er den Wert der freien Station niedriger ansetzte. Es ist erreicht! Der Dienstgeber hat nun das Glück, geringere Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, als er bei Fortdauer des alten Zustandes hätte entrichten müssen. Niedriger bleiben nun auch die Beiträge zur Invalidenversicherung, die nach dem Grundlohn berechnet werden, der für die Krankenversicherung maßgebend ist. Die Beitragszahl der Hausangestellten wäre nach dem alten Satze für freie Station in der vierten Lohnklasse der Invalidenversicherung zu versichern gewesen, jetzt aber kommt sie nur in die dritte Klasse. Die Dienstgeber ersparen infolge der niedrigen Versicherung der Hausangestellten nur wenig, aber um der wenigen Groschen willen werden die Dienenden schwer geschädigt. Krankengeld und auch Invalidenrente sind in den unteren Lohnklassen erheblich geringer als in den höheren! Die Verschlechterung der Fürsorge für die Hausangestellten ist der Dank für die Wahlhilfe, die diese bei den Ausschü-

wahlen der Krankenkassen vielfach den Gegnern der freien Gewerkschaften geleistet haben!

j. h.

Zur Förderung der Dienstbotenbewegung in München fand kürzlich eine öffentliche Versammlung statt, die den Hausangestellten Aufklärung über ihre Rechte geben sollte. „Krankenkassen, Dienstboten und Herrschaften“, so lautete das Thema, das Genosse Arbeitersekretär Schmidt dort behandelte. Wie notwendig es war, die Dienenden mit den Rechten vertraut zu machen, die ihnen im Krankheitsfalle die Reichsversicherungsordnung gewährt, beweist eine Tatsache. Die Dienstherrschaften haben in mehreren Versammlungen darüber beraten, in welcher Weise sie die „Lasten“ der neuen Bestimmungen für die Krankenversicherung auf die Dienstboten abwälzen könnten. Was in diesen Versammlungen an reaktionären, rückständigen Ansichten zutage trat, ist kaum zu schildern. Es waren da die nämlichen Dienstherrschaften zusammengelassen, die bei der letzten Ortskrankenkassenwahl alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um ihre Dienstboten für den christlichen Mischmasch an die Urne zu führen. Genosse Schmidt ging in seinem Vortrag auf die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ein und zeigte, welche Rechte die Dienstboten danach haben und wie sie diese geltend machen müssen. Die „Gleichheit“ hat zu dieser Seite der Reichsversicherungsordnung aus Fachkreisen gute Besprechungen gebracht, so daß sich die Wiedergabe des Referats erübrigt. In Hand eines reichhaltigen Materials zeichnete Genosse Schmidt das Verhältnis zwischen Dienstboten und Herrschaften. An drastischen Beispielen wies er nach, wie es den Hausangestellten oft genug gemacht wird, und daß die Dienstbotenmishandlungen in ihrer Häufigkeit etwa mit den Soldatenmishandlungen konkurrieren können. Zum Schlusse forderte er die anwesenden Mädchen auf, selbst die Besserung ihrer Dienstverhältnisse dadurch in die Hand zu nehmen, daß sie der freien Dienstbotenorganisation, dem Verband der Hausangestellten beitreten. In der Diskussion befürworteten die Genossinnen Niebler und Schmidbauer eindringlich den Anschluß an den Verband. Ein „christlicher“ Redner suchte für die schwarze Organisation und gegen den „roten“ Verband Stimmung zu machen, wurde aber vom Genossen Schiefer derart zugelegt, daß ihm die Lust verging, noch einmal aufs Podium zu steigen. War auch die öffentliche Versammlung nicht so zahlreich besucht, wie es bei anderen Arbeiterversammlungen der Fall ist, so durften wir uns doch eines guten Erfolges freuen. Nur weiter in unermüdlicher Arbeit, dann werden auch die Hausflaven Münchens eines Tages eine Macht werden, mit der die gnädigen und ungnädigen Herrschaften rechnen müssen. Und das ist notwendig. -as.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die zweite Konferenz der italienischen Sozialistinnen ist dem Jahreskongress der sozialdemokratischen Partei zu Ancona vorausgegangen. Ihre Aufgaben waren in einem großzügigen Artikel skizziert worden, den Genossin Kulischoff im Auftrag des Ausschusses der „Nationalen Union sozialistischer Frauen“ in der „Difesa della Lavoratrice“ veröffentlicht hatte. Danach sollte die Konferenz Mittel und Wege zur Schulung von Agitatorinnen und Organisatorinnen suchen, die die Arbeiterinnen zu sammeln und mit sozialistischem Geist zu erfüllen haben. Sie sollte ferner die Aktion der Genossinnen auf gewisse soziale und politische Reformforderungen konzentrieren, die im Interesse der Proletarierinnen liegen. Als solche wurden bezeichnet: der freie Sonnabendnachmittag für alle Industrien und Gewerbe, in denen Frauen beschäftigt sind; die Ausdehnung der Mutterschaftsfürsorge; Erhebungen über die Hausindustrie und gewerblicher Schutz für die Heimarbeiterrinnen; Einführung des Wahlrechts für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, Einführung des Proporz und der Listenwahl. Beim Parteitag sollte beantragt werden, er möge die Parlamentsfraktion verpflichten, im Laufe des Jahres oder zu Beginn von 1915 einen entsprechenden Antrag zur Reform des Wahlrechts einzubringen. Der Antrag sei durch eine energische Agitation zu unterstützen, die namentlich die Frauen zu erfassen habe. Es ist uns eine Korrespondenz über die Arbeiten und Beschlüsse der Konferenz zugesagt. Für heute nur so viel, daß die tagenden Genossinnen dem Antrag an den allgemeinen Parteikongress zugestimmt haben. Er gelangte auch dort zur Annahme. Damit ist die Gesamtpartei zu einem kraftvollen und einheitlichen Eintreten für das Frauenwahlrecht im Parlament und außerhalb des Parlaments verpflichtet worden. Es ist das ein bedeutsamer Beschluß, für dessen Verwirklichung die vorantreibende Energie der italienischen Genossinnen sorgen wird. Die verdienstvolle Genossin Kulischoff sieht die Früchte ihrer langjährigen konsequenten theoretischen Aufklärungsarbeit reifen.

Ein warmer Freund der Arbeiterinnenbewegung in Finnland hat am 18. April sein 60. Lebensjahr vollendet, Dr. R. A. af Ursin, der Nestor der finnischen Sozialdemokratie. Schon bei der Gründung der Partei stand Genosse Ursin in den ersten Reihen des kämpfenden Proletariats. Es gehörte viel selbstverleugnenden Mutes dazu, sich von der bürgerlichen Klasse zu trennen und den Idealen des Proletariats zu leben! Die Bourgeoisie hat unserem Genossen Ursin seinen Übertritt zur Sozialdemokratie nie verziehen. Genosse Ursin ging unbekümmert darum den Weg, den er für den richtigen erkannt hatte. Seine Verdienste um die finnische Arbeiterbewegung sind sehr groß. Er war nicht nur jeder Zeit bereit, das Proletariat durch Vorträge aufzuklären, sondern er betätigte sich auch schriftstellerisch in demselben Sinne und mit derselben Opferbereitschaft. In zahlreichen Artikeln, Broschüren und Schriften hat er die verschiedensten Fragen des sozialen Lebens und die Theorien des Sozialismus beleuchtet. Unter anderem verfasste er auch für die finnischen Arbeiter eine gedrängte Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die recht verbreitet ist.

Im Ausland ist Dr. Ursin besonders durch seine Vorträge über den Wahlrechtskampf der Arbeiterinnen in Finnland bekannt geworden wie durch eine Monographie über die finnische Arbeiterfrage. Unser verdienstvoller Genosse hat sich in der Arbeiterinnenbewegung eifrig betätigt. Warm und treu stand und steht er den Arbeiterinnen stets beratend zur Seite. Wie in der Partei im allgemeinen, hat er auch innerhalb der Arbeiterinnenbewegung stets aufklärend und schulend gewirkt, ist er als Erwecker und Aufer zum Kampfe vorangeschritten. Er hat ununterbrochen das Organ der Arbeiterinnen — *Työläisnainen* — mit wertvollen Beiträgen unterstützt, ebenso wie er stets bereit war, in Vorträgen die verschiedensten Fragen wissenschaftlich zu erörtern und zu klären, die sich auf die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen beziehen. Für seine aufopfernde Tätigkeit innerhalb der proletarischen Bewegung ist dem Genossen Ursin ein Lohn geworden: das allgemeine Vertrauen der Partei. Er wurde auch in die Volksvertretung gewählt, bis er selbst aus Gesundheitsrücksichten seine Kandidatur nicht mehr aufstellen ließ. Die größte Genugtuung ist aber wohl unserem Genossen die prächtige Entwicklung der sozialdemokratischen Partei seines Heimatlandes wie die Entwicklung der Internationalen. Als Abgeordneter sagte er einmal: „Nichts freut mich so sehr als die Tatsache, daß ich als Vertreter der Sozialdemokratie, der größten Partei des Landes, meinen ehemaligen bürgerlichen Gegnern — die mich nicht nur anfeindeten, sondern auch auslachten — bewiesen zu haben glaube, daß ich recht hatte und nicht lie.“ In Deutschland wie in allen Ländern fühlen sich die sozialdemokratischen Frauen fest und herzlich mit der tapferen finnischen Arbeiterinnenbewegung verbunden. Sie wissen deshalb auch dem Genossen Ursin aufrichtigen Dank, daß er sein großes Können so aufopfernd in den Dienst dieser Bewegung wie der ganzen Sozialdemokratie seines Landes gestellt hat. Sie wünschen ihm noch viele Jahre voll Kraft und Ausdauer im Dienste der Sozialdemokratie, voll Glück und Erfolg für die Partei und mit der Partei.

Frauenbewegung.

Bürgerliche Hausfrauenorganisation. Der Versuch Wiener Frauen, einen Einfluß auf die Preisbildung für notwendige Lebensmittel zu gewinnen, hat auch in Deutschland lebhaftes Interesse erweckt. Die bürgerliche Frauenbewegung sieht plötzlich, daß die Frauen eine Macht sein können, und daß es möglich ist, die Lebenshaltung wesentlich zu verbilligen, wenn sich die Konsumenten zusammenschließen und den Mut zum Durchhalten besitzen.

Aber wie, gibt es denn in Deutschland noch keine Organisationen, die in erster Linie die Interessen der Konsumenten vertreten? Die Konsumgenossenschaften bestehen seit geraumer Zeit, ihr Mitgliederbestand sowie ihr Jahresumsatz steigt beständig. Die Mitglieder dieser Konsumgenossenschaften sind jedoch zum größten Teil Arbeiter; von den meisten Konsumvereinen halten sich die bürgerlichen Familien fern. Es mußte sonderbar an, daß die Frauen des Bürgertums im allgemeinen bisher die Vorteile der Konsumgenossenschaften nicht erkennen wollten, abgesehen natürlich von den bürgerlichen Frauen, die diese Vorteile in den Einkaufsgenossenschaften und ähnlichen Organisationen für Beamte usw. schon genießen. Selbst gute Hausfrauen, die sich sehr überlegen, ob sie für eine Sache, die nicht unbedingt im Haushalt gebraucht wird, auch nur 10 Pf. ausgeben sollen, zahlen doch tagaus tagein einen recht ansehnlichen Unternehmergewinn an den Kolonialwarenhändler, den Butter- und Gemüseverkäufer, den Wädem und allen anderen, bei denen sie die Lebensmittel einkaufen. Und diesen Unternehmergewinn

könnten sie ersparen. Dabei darf man nicht einmal annehmen, daß die bürgerlichen Frauen in ihrer Allgemeinheit nichts von den Konsumgenossenschaften wissen. Ihr Verhalten beruht durchaus nicht immer auf dem Mangel an Kenntnis, es hat ganz andere Gründe.

Helene Granitsch, die Begründerin der „Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs“, hat in verschiedenen Versammlungen in deutschen Großstädten auseinandergesetzt, warum sie eine Sonderorganisation bürgerlicher Frauen ins Leben riefen. Kurz zusammengefaßt war es der Wunsch, „dem Handel und der Produktion keine Abzüge zu bringen“, und die Abneigung gegen eine gemeinsame Organisation mit Sozialdemokraten. Man darf ohne weiteres annehmen, daß die gleichen Gründe auch die bürgerlichen Frauen in Deutschland bestimmen, den Konsumgenossenschaften fernzubleiben. Vielleicht hat ein großer Teil von ihnen es sich noch nicht einmal ganz klar gemacht, aber rein gefühlsmäßig lehnt die Masse der bürgerlichen Frauen den Gedanken ab, mit Arbeiterfrauen und gar mit Sozialdemokraten gemeinsam in Konsumvereinen organisiert zu sein und zu wirken. Daß diese Exklusivität töricht ist, braucht nicht besonders betont zu werden; sie hat zur Folge, daß die bürgerlichen Frauen immer mehr den Einfluß auf die Preisgestaltung verlieren, und daß ihr Haushalt mit jedem Jahre loßspieliger wird, ohne daß ein größerer Aufwand getrieben oder die Ernährung der Familie verbessert würde.

Der andere Einwand, daß die Konsumvereine Handel und Produktion schädigen, ist durchaus nicht stichhaltig. Die Versorgung der Angehörigen einer weitverbreiteten Organisation mit Lebensmitteln, deren Preise der Kontrolle dieser Organisation unterliegen, ist nur möglich durch städtische oder private Großbetriebe. Es können also nur einer beschränkten Anzahl von Unternehmern die Aufträge erteilt werden. Die anderen gehen leer aus und stimmen dann ein Klagegedicht über die Mischellosigkeit der Frauen an, die den Mittelstand verderben wollen und dergleichen mehr. In Wien haben die organisierten Hausfrauen die Fleischversorgung durch Automobile der städtischen Schlächtereie eingeführt. Zweifellos dürften die Wiener Schlächter davon nicht erbaut sein, und ihre Mißstimmung wird zunehmen, je mehr Haushaltungen direkt durch die städtische Schlächtereie versorgt und infolgedessen dem Detailhandel entzogen werden. Wie können aber Bürgerliche den Konsumgenossenschaften einen Vorwurf aus der Eigenproduktion und der Konkurrenz gegen den Kleinhandel machen, wenn sie selbst ähnliche Wege gehen! Dabei wird außerdem stets vergessen, daß die Arbeiterkonsumvereine eine hohe erzieherische Aufgabe erfüllen: die Herstellung und der Vertrieb der Waren in den Genossenschaften vollzieht sich unter gefundenen Arbeits- und Lohnbedingungen.

Aber bleiben wir bei der einen Frage, die für die bürgerlichen Hausfrauen anscheinend der einzige Anlaß zur Gründung von Konsumgenossenschaften ist: bei der Verbilligung der Lebensmittel. Es muß doch jedem einleuchten, daß bei einer starken Zunahme der Mitgliederzahl die Konsumgenossenschaften noch erheblich leistungsfähiger würden, daß also sehr bald mit ihnen als preisgestaltendem Faktor gerechnet werden müßte, wenn die Tausende bürgerlicher Frauen den Mut hätten, sich unter Hintanhaltung aller Vorurteile mit den Arbeiterfrauen in den Konsumgenossenschaften zu organisieren. Auch in dieser Beziehung erweist sich wieder die ausschlaggebende Macht der Klassenlage, davon zu schweigen, daß bürgerlicher Einfluß in den Konsumvereinen sich im allgemeinen nicht mit den sozialen, fortschrittlichen Tendenzen dieser Gebilde verträgt. Bürgerlicher Einfluß ist meist gleichbedeutend mit Dividendenjägerei. Wir reden deshalb einem Konsumgenossenschaftlichen „Harmoniekränzchen“ nicht das Wort, wir wollten bloß zeigen, daß das Klassenvorurteil die Bürgerlichen blind für den eigenen Nutzen macht.

Zimmerlin, die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs hat einen nicht unbedeutenden Erfolg erzielt. Stadt und Staat erkennen sie an und haben ihre führenden Mitglieder als erste Frauen in wichtige Kommissionen gewählt. Unter den bürgerlichen Frauen Deutschlands scheint ebenfalls Neigung vorhanden zu sein, das österreichische Beispiel nachzuahmen. Verschiedene Frauenvereine haben sich von Frau Granitsch ausführliche Referate erlassen lassen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir hier eines schönen Tages auch mit einer bürgerlichen Konsumentenorganisation von Frauen überrascht werden. Manchen wird eine solche Sonderorganisation nicht erfreulich erscheinen. Sie werden die Kräftezersplitterung bedauern. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß das Aufkommen einer bürgerlichen Konsumentenorganisation den Konsumgenossenschaften Schwierigkeiten bei der Werbung neuer Mitglieder schafft. Sollte der Versuch fehlschlagen, so ist außerdem zu befürchten, daß er auf das Konto der Organisation von Kon-

fumenten überhaupt gefehlt würde und die Konsumgenossenschafts-Idee dadurch einen Rückschlag erlitt.

Auf der anderen Seite könnte aber eine Gründung von bürgerlichen Hausfrauenorganisationen den Konsumgenossenschaften einen Anstoß zur Reform ihres Detailverkaufswesens geben, die an manchen Orten angebracht wäre. Es genügt nicht, daß die Ware einwandfrei hergestellt und zu vernünftigem Preise verkauft wird. Die Art des Verkaufes muß modernisiert werden. Zweifellos würden manche Arbeiterfamilien und kleine Gewerbetreibende viel lieber und mehr bei ihrem Konsumverein kaufen, wenn sie die Ware in's Haus geliefert bekämen. Sie würden dann nicht — um Zeit zu sparen — bei den Kaufleuten in der nächsten Nachbarschaft ihren Bedarf decken und natürlich teurer bezahlen müssen. Das Bringen von Waren und das Nachfragen nach Verlustungen ließe sich mit einigem guten Willen sehr wohl organisieren, so daß an bestimmten Tagen der Woche ein radfahrender Votier der Reihe nach die Mitglieder aufsuchte, um Bestellungen zu notieren und an anderen ebenfalls für die einzelnen Straßenzüge festzusetzenden Tagen die Waren ins Haus zu bringen. Man denke nicht, daß es für Arbeiterfrauen ein leichtes sei, die notwendigen Lebensmittel selbst einzukaufen. Ihnen steht kein Telefon, stehen keine Dienstmädchen zur Verfügung, sie müssen unter Umständen kleine Kinder unbeaufsichtigt in der Wohnung zurücklassen. Das von ihnen zu leistende tägliche Arbeitspensum ist viel größer als das mancher bürgerlichen Hausfrau, die sich jedes einzelne, vom Brot und Fleisch bis zum Küchengewürz, vom Kaufmann schicken läßt. Die Konsumgenossenschaften werden gut tun, in Betracht zu ziehen, wie man eine größere Zahl der Mitglieder zum Einkauf in den Geschäftsstellen veranlassen und wie man die Konsumgenossenschafts-Idee in höherem Maße populär machen kann. t. b.

Frauenstimmrecht.

Vom Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten. Das Wahlrecht gehört in der nordamerikanischen Union zu den „Staatsrechten“. Die Agitation für das Frauenstimmrecht muß sonach für jeden Bundesstaat besonders — nach seinen spezifischen Wahlgesetzen — zugeschnitten werden. Man glaubte nun rascher auf dem Wege zum Ziele vorwärts kommen zu können, wenn man die Agitation für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf einen Punkt konzentrierte. Nämlich auf eine Änderung der Unionsverfassung durch einen Zusatz, der das Wort „männlich“ im Paragraphen über das Wahlrecht nicht enthielte. Eine Änderung der Bundesverfassung kann aber nur durch die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit des Oberhauses (Senats) beschlossen werden. Eine solche Mehrheit scheint aber noch auf Jahrzehnte hinaus nicht zu erlangen zu sein. Die Senatoren der Südstaaten, in denen den Regern das Wahlrecht während der letzten 15 Jahre begrenzt, um 75 Prozent gekürzt worden ist, werden unmöglich den Regern das volle Bürgerrecht verleihen. Dies ist der Grund, weshalb der oben charakterisierte Antrag zu einer Verfassungsänderung im Bundesrat nicht die nötige Zweidrittelmehrheit auf sich vereinigte. Immerhin erzielte er 85 gegen nur 34 Stimmen. Die „New Yorker Volkszeitung“ schrieb dazu: „Die im Bundesrat vorgenommene Abstimmung über das Frauenstimmrechtsamendment zur Nationalkonstitution brachte neben einem schönen moralischen Erfolg für die Sache der politischen Gleichberechtigung die Gewißheit, daß es noch schwerer und langwieriger Kämpfe bedürfen wird, ehe das Frauenstimmrecht auf nationalem Gebiet zur Annahme gelangen wird. Es ist in erster Linie die Verknüpfung der Stimmrechts- mit der Regerefrage, die den Ausblick so wenig hoffnungsvoll erscheinen läßt. Solange die demokratischen Reaktionen — und sie bilden die Mehrheit — sich dahinter verschanzten, daß es für sie unmöglich sei, den farbigen Frauen Rechte zu gewähren, die die farbigen Männer nicht bekämen, so lange besteht kaum die Möglichkeit, im Senat oder im Repräsentantenhaus die zur Unterbreitung eines konstitutionellen Amendements notwendige Zweidrittelmehrheit zu erlangen. Fünfzehn Südstaaten mit ihren dreißig Senatoren machen die Annahme des Frauenstimmrechtsamendments fast zur Unmöglichkeit, da sie eine kompakte undurchdringliche Masse darstellen, die nur ein paar (vier) Stimmen Zugzug braucht, um jede Zweidrittelmehrheitsbildung zu verhindern. Damit scheint aber die Stimmrechtsfrage mit der Regerefrage unlösbar verbunden zu sein, wollen sich die Freunde der politischen Gleichberechtigung nicht auf die ebenso langwierige wie aufreibende Agitation in den einzelnen Staaten beschränken.“ Die Freunde des Frauenwahlrechts im Bundesrat sind übrigens durch den Ausgang nicht entmutigt. Sie haben den Kampf für die Reform sofort wieder auf-

genommen. Schon am Tage nach der erwähnten Abstimmung brachte Senator Schafroth einen neuen Zusatz zur Unionsverfassung ein, dessen Annahme die Einführung des Frauenwahlrechts in den einzelnen Bundesstaaten erheischen würde. Mit 87 gegen 25 Stimmen lehnte es der Senat ab, diesen Antrag dem Staatsrechtlichen Komitee zu überweisen, das für frauenwahlrechtsfeindlich gilt. Er gab ihn vielmehr zur ernstlichen Prüfung an das Komitee für das Frauenwahlrecht weiter. Senator Bristol brachte übrigens einen neuen Antrag ein, die Unionsverfassung durch den angeführten Zusatz so abzuändern, daß die Frauen in allen Bundesstaaten das Wahlrecht erhalten könnten. a.

Eine Kundgebung der Pariserinnen für das Frauenwahlrecht hat gelegentlich der letzten Kammerwahlen stattgefunden. Sie schloß die rege Agitation zugunsten dieser Forderung ab, die während der Wahlkampagne von den Frauenrechtlerinnen betrieben worden war. Die Frauen, die ihr Bürgerrecht begehrten, erhielten „Wählerinnenkarten“ mit dem fettgedruckten Vermerk: „Ich wünsche zu wählen.“ Nur hatten sie Namen und genaue Adresse einzugeichnen. Die Karten wurden in besonderen Lokalen gesammelt. 103 572 Frauen sollen durch Unterzeichnung von Karten das Wahlrecht gefordert haben. Die meisten Unterschriften sind in den Arbeitervierteln gesammelt worden. Die Zahl der Unterschriften ist für die Pariser Verhältnisse eine stattliche, ein Beweis dafür, daß die entfaltete Agitation ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

Um das Frauenwahlrecht zum Gewerbegericht in Genf. In Genf steht den erwerbstätigen Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Gewerbegericht zu. Das paßt manchen rückwärtsgerichteten Leuten nicht in den Kram. Ein reaktionärer Initiativantrag, der gegen 1200 Unterschriften trug, forderte die Abschaffung des Frauenwahlrechts und die Errichtung besonderer Frauengewerbegerichte, zu denen nur Frauen als Wähler und Richter zugelassen werden sollten. Die Regierung empfahl dem Volke, diesen Initiativantrag abzulehnen, und machte einen Gegenvorschlag. Danach sollten nur Frauen stimmberechtigt sein, die sich eigenhändig in eine Wählerliste einzeichnen würden, eine Vorschrift, die für die erwerbstätigen Männer nicht besteht. Der große Rat des Kantons genehmigte den Gegenvorschlag der Regierung. Die Wähler warfen jedoch beide Vorschläge in den Urkos. Sie lehnten den Initiativantrag mit 3023 gegen 3168 Stimmen ab, den Regierungsvorschlag mit 3501 gegen 3150 Stimmen. So bleibt das Frauenwahlrecht zum Gewerbegericht ungeschmälert bestehen.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Das erste weibliche Mitglied eines diplomatischen Korps in Norwegen dürfte überhaupt die erste Frau sein, die von einer Regierung mit einem derartigen Amte betraut worden ist. Daß die Ernennung auf erprobte Befähigung für den Posten zurückzuführen scheint, dafür spricht wohl ein Umstand. Die betreffende Dame wurde nach Mexiko entsendet, wo die gegenwärtige politische Lage sehr schwierig ist.

Den norwegischen Frauen die Ministerlaufbahn zu eröffnen, war Zweck eines Antrags, der neulich im Parlament des Landes verhandelt und mit 66 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurde. In Norwegen stehen den Frauen nach dem Gesetz alle Staatsposten offen, mit Ausnahme der Ministerämter, der militärischen und geistlichen Ämter. Die Anschauung gewinnt an Boden, daß diese Ausnahmen zu beseitigen seien. Die radikale Partei hatte dementsprechend den Antrag eingebracht, die Frauen zum Ministeramt zuzulassen, und beabsichtigt, ihn immer wieder aufs neue einzubringen, bis er Zustimmung findet.

Wohnungspflegerinnen im Königreich Sachsen. Als Wohnungspflegerinnen amtierenden Frauen in den sächsischen Amtshauptmannschaften Auerbach, Glauchau, Freiberg, Leipzig und Chemnitz. Es ist ihnen die Kontrolle der Kleinwohnungen übertragen.

Vier Frauen als Mitglieder der Armenkommission in Oldenburg sind kürzlich auf Grund des Gesetzes vom 6. Januar ds. Js. gewählt worden. Dieses Gesetz hat bekanntlich den Frauen das Recht verliehen, in die ständigen Kommissionen der Gemeindeverwaltung gewählt zu werden.

Frauen in der Armenbehörde zu Straßburg i. E. Die Armenbehörde der Stadt Straßburg ist erweitert worden. Dabei wurden in 12 Bezirkskommissionen 27 Frauen zur Mitarbeit betruhen, und zwar 12 evangelische, 12 katholische und 3 israelitische.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.